



Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2003

Federführend ist das Innenministerium

Inhalt

VORBEMERKUNG	4
I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	5
1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle	5
2 Verarbeitung personenbezogener Daten	7
3 Organisation, Personal, Haushalt.....	8
II. RECHTSEXTREMISMUS.....	9
1 Überblick	9
2 Schwerpunkte.....	11
2.1 Orientierungskrise bei den „Freien Nationalisten“	11
2.2 Gewaltbereitschaft.....	12
2.3 Aktionen.....	15
2.3.1 Aktionen mit geschichtsrevisionistischem Schwerpunkt	16
2.3.2 Weitere rechtsextremistische Aktivitäten in Schleswig-Holstein.....	18
2.4 Kommunalwahl 2003	20
2.5 Musik-Szene.....	20
2.5.1 Allgemeines.....	20
2.5.2 Skinhead-Konzert am 5. April in Neumünster	21
3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen.....	22
3.1 Entwicklung der aktionistischen rechtsextremistischen Szene	22
3.1.1 Neo-nationalsozialistische und subkulturelle „Kameradschaften“ in Schleswig-Holstein.....	23
3.1.1.1 Kiel	23
3.1.1.2 Rendsburg.....	24
3.1.1.3 Kreis Pinneberg	25
3.1.1.4 Kreis Herzogtum Lauenburg	27
3.1.1.5 Lübeck	28
3.1.1.6 Neumünster.....	29
3.1.1.7 Kreis Ostholstein	30
3.1.2 „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS)	31
3.1.3 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)	32
3.2 Parteien.....	33
3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	33
3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU).....	36
3.2.3 „Die Republikaner“	37
3.3 Sonstige.....	37
3.3.1 „Bündnis Rechts für Lübeck“ (BRL)	37
4 Agitations- und Kommunikationsmedien.....	38
4.1 Verlage und Vertriebe	38
4.2 Internet	40
5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2001 bis 2003	41

III. LINKSEXTREMISMUS.....	42
1 Überblick	42
2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums	43
2.1 Autonom-anarchistische Szene	43
2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte	43
2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt	44
2.2 „Rote Hilfe e. V.“	47
2.3 Dogmatischer Linksextremismus	48
3 Aktionsfelder	49
3.1 „Anti-Militarismus“	49
3.2 „Anti-Faschismus“	51
3.3 „Anti-Rassismus“	52
3.4 „Anti-Globalisierung“	53
3.5 „Anti-Atomkraft“	54
3.6 Kampagne gegen Kürzungen im Sozialleistungsbereich	55
3.7 „Kampf“ um alternative/autonome Zentren	57
4 Agitations- und Kommunikationsmedien.....	59
5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2001 bis 2003.....	60
IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN	61
1 Überblick	61
2 Islamismus	63
2.1 Wesensmerkmale des Islamismus	64
2.1.1 Anti-Semitismus.....	65
2.1.2 Antiwestliche Zerrbilder.....	66
2.2 Islamistischer Terrorismus	70
2.3 Gewaltgeneigte islamistische Organisationen.....	74
2.3.1 „Hizb ut-Tahrir“	74
2.3.2 Sonstige gewaltgeneigte islamistische Organisationen	75
2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht-militante islamistische Organisation	76
3 „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK)/ „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)	83
3.1 Entwicklung der Organisation.....	83
3.2 Grundsätzliches Festhalten am Friedenskurs	84
3.3 Anhängerschaft	87
3.4 Aktivitäten.....	88
3.5 Finanzierung.....	90
3.6 Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen.....	90
4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerszahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2001 bis 2003.....	91

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde und auch nicht alle Ereignisse des Jahres 2003, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen sowie Geschehnisse.

Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind.

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle

Die leidvollen Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Untergang der „Weimarer Republik“, deren Verfassung wirksame Abwehrmechanismen vermissen ließ, haben dazu geführt, dass im Grundgesetz das Prinzip der wehrhaften und abwehrbereiten Demokratie verankert worden ist. Dieses Prinzip ist durch drei Wesensmerkmale gekennzeichnet:

- die Wertegebundenheit, das heißt, der demokratische Verfassungsstaat bekennt sich zu Werten, denen er eine besondere Bedeutung beimisst und die deshalb nicht zur Disposition stehen (Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz),
- die Abwehrbereitschaft, das heißt, der Staat ist gewillt, diese wichtigsten Werte gegenüber extremistischen Positionen zu verteidigen (z. B. Artikel 18 Grundgesetz), und
- die Vorverlagerung des Verfassungsschutzes, das heißt, der demokratische Verfassungsstaat reagiert nicht erst dann, wenn Extremisten gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen.

Verfassungsschutz ist, so Artikel 73 des Grundgesetzes, gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ vom 20. Dezember 1990 beschreibt den gemeinsamen Handlungsrahmen, den die Länder für ihre Verfassungsschutzgesetze übernommen haben. In Schleswig-Holstein ist dies das „Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein“ vom 23. März 1991.

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (unter anderem Personalausweisgesetz, Passgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge Grenzen setzt z. B. das Gesetz zur Beschrän-

kung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses für Eingriffe in diese Grundrechte.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder zu unterrichten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist er befugt, sach- und personenbezogene Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen diese Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Unter Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind politisch motivierte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen oder Betätigungen von Organisationen, unorganisierten Gruppen, aber auch von einzelnen Personen zu verstehen, die sich gegen Grundprinzipien der Verfassungsordnung richten. Hinzu kommen muss eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber diesem Grundbestand von Werten und Rechten unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung. Derartige Bestrebungen werden als „extremistisch“ oder „verfassungsfeindlich“ bezeichnet. Eine nur wertneutrale oder kritische Haltung dem Staat gegenüber ist nicht Gegenstand der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Zur Informationsgewinnung ist der Verfassungsschutzbehörde der Einsatz so genannter nachrichtendienstlicher Mittel erlaubt. Hierzu gehören z. B. der Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute), die heimliche Beobachtung (Obser-

vation) und das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen. Mit den Informationen können die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder im Einzelfall Maßnahmen treffen und die Gefahrenschwelle bestimmen, jenseits derer Verbotsmaßnahmen zum Schutze der Verfassungsordnung erforderlich sind. Die Erkenntnisse können die Grundlage sein für Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z. B. für Sammlungen, Informationsstände).

Eine mitwirkende Funktion hat die Verfassungsschutzbehörde im Bereich des Geheimschutzes. Sie unterstützt Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind und gibt Empfehlungen, wie vertraulich zu behandelnde Unterlagen durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Der Verfassungsschutz ist ausschließlich zur Erhebung und Verarbeitung von Informationen befugt; er ist strikt von der polizeilichen Exekutive getrennt. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinerlei polizeilich-exekutive Befugnisse.

Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt Kontrollen, die sicherstellen, dass die Aufgaben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen wahrgenommen werden. Diese Kontrolle wird in erster Linie vom Parlament durch die Parlamentarische Kontrollkommission, im Einzelfall durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Verfassungsschutz, aber auch von den Gerichten, dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz, dem Landesrechnungshof und der Öffentlichkeit wahrgenommen.

2 Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten in Dateien verarbeiten. Die wichtigsten Dateien sind

- das abteilungsinterne Datenverarbeitungssystem der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung und
- das „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS) als gemeinsam unterhaltene Datei der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zur gegenseitigen Unterrichtung.

Letztere ist lediglich eine Hinweisdatei, aus der zu entnehmen ist, ob und gegebenenfalls wo über eine bestimmte Person Akten vorliegen. Die überwiegende Zahl der Speicherungen weist auf durchgeführte Sicherheitsüberprüfungen hin, die den überprüften Personen den Umgang mit Verschlusssachen erlauben. Ende 2003 waren etwa 4.600 Personen durch die schleswig-holsteinische Verfassungsschutzbehörde im NADIS erfasst; davon rund 2.600 aufgrund einer Sicherheitsüberprüfung.

3 Organisation, Personal, Haushalt

Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein ist als eine Abteilung des Innenministeriums organisiert, die sich in folgende Referate gliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz, Geheim- und Sabotageschutz,
- Nachrichtenbeschaffung,
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit,
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr.

Die Personal-Sollstärke der Verfassungsschutzabteilung liegt bei 83 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Für Sachmittel und Investitionen des Verfassungsschutzes standen im Jahr 2003 731.000 Euro, davon 50.000 Euro aus dem Sicherheitspaket der Landesregierung, an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Die Personalkosten werden bei den entsprechenden Personalkostentiteln des Ministeriums ausgewiesen.

II. Rechtsextremismus

1 Überblick

Die Gesamtzahl der schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten liegt bei rund 1.400 und hat sich damit gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Die rechtsextremistischen Parteien haben weiter an Bedeutung verloren. Erneut leicht angestiegen ist dagegen die Zahl der nicht organisierten, aktionistischen und zumindest latent gewaltbereiten Anhänger neo-nationalsozialistischer und rechtsextremistisch-subkultureller Gruppierungen.

Die „Deutsche Volksunion“ bleibt zwar die zahlenmäßig größte rechtsextremistische Partei, dennoch waren ihre Aktivitäten ebenso wie ihre Mitgliederzahl rückläufig. Die Münchener Parteizentrale gab kaum politische Impulse.

Die „Republikaner“ setzten ihren Kurs der Abgrenzung gegen andere rechtsextremistische Organisationen fort, setzten ihn aber nur bedingt durch. Der schleswig-holsteinische Landesverband war unauffällig.

Die 1993 wieder gegründete „Deutsche Partei“, die mit bisher eher geringem Erfolg versucht, unzufriedene Mitglieder aus dem rechtsextremistischen Parteienspektrum an sich zu binden, konnte in Schleswig-Holstein noch nicht Fuß fassen.

Die an Grundgedanken des Nationalsozialismus anknüpfende „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ konnte aus der am 18. März vom Bundesverfassungsgericht verkündeten Einstellung des Parteiverbotsverfahrens keinen Nutzen ziehen.

Neo-Nationalsozialisten spielen weiterhin eine wichtige Rolle im schleswig-holsteinischen Landesverband. Wenngleich sich die Bindungen an diese Szene inzwischen gelockert haben, zeigt die Zusammensetzung des neu gewählten Landesvorstandes, dass Verbindungen nach wie vor vorhanden sind. Der Landesverband hat mit etwa 130 Mitgliedern unverändert den seit Jahren niedrigsten Mitgliederstand.

Die von Neo-Nationalsozialisten dominierte subkulturelle, rechtsextremistische Skinhead-Szene umfasst rund 600 Personen. Vielfach findet sich ein allgemein-krimineller Hintergrund. Anstelle eines ideologisch begründeten, geschlossenen rechtsextremistischen Weltbildes bildet Hass auf alles Fremde, den Staat und seine Organe die Grundlage für den Szene-Zusammenhalt. Die Straf- und Gewalttaten stiegen in

2003 (321, davon 66 Gewalttaten) gegenüber dem Vorjahr (317, davon 56 Gewalttaten) leicht an.

Ideologische Impulse für diese Szene gehen in der Regel von den etwa 90 neo-nationalsozialistischen „Freien Nationalisten“ aus. Deren Suche nach neuen politischen Aktionsfeldern, wie z. B. die Anti-Globalisierungs- oder Anti-USA-Agitation, insbesondere während des Irak-Krieges, stieß in der Subkultur-Szene allerdings auf keine nennenswerte Resonanz. Allein das Aufgreifen revisionistischer Themen, wie die „Heiß-Demonstration“ in Wunsiedel (Bayern) oder der Marsch zum Volkstrauertag in Halbe (Brandenburg), war für Mobilisierungen in größerem Umfang geeignet. In Schleswig-Holstein war die Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“ in Neumünster mit rund 500 Teilnehmern, an die sich zur Förderung des Demonstrationsinteresses ein rechtsextremistisches Skinhead-Konzert mit rund 450 Teilnehmern anschloss, ein entsprechendes Beispiel. Wie bedeutsam die so genannte White-Power-Musik als Ideologieträger und als Ausdrucksmittel für die Szene ist, zeigt sich auch darin, dass zurzeit vier rechtsextremistische Skinhead-Musikgruppen im Lande aktiv sind.

Im Berichtsjahr sind, nicht zuletzt durch Exekutivmaßnahmen, vermehrt Informationen zu illegalem Waffenbesitz in der Szene angefallen. Waffen gehören für manche zum Selbstbild, ihr Besitz wird als Selbstschutz gerechtfertigt. Nach den im Herbst 2003 durch Sicherheitsbehörden aufgedeckten Anschlagplanungen in Bayern distanzierte sich eine Reihe führender Neo-Nationalsozialisten davon und wies die Szene darauf hin, dass Gewaltanwendung gegenwärtig nicht in Betracht kommen könne. In der amorphen Szene geht von Einzelpersonen und Kleinstgruppen dennoch eine latente Gefahr aus, dies insbesondere dann, wenn die ohnehin verbreitete Gewaltbereitschaft sich mit dem Gedankengut der militanten britischen „Combat-18“-Bewegung (C 18) verknüpft. Dies war in der Pinneberger Neonazi-Szene der Fall, gegen die am 28. Oktober eine umfangreiche Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion durchgeführt wurde. Auch im Ostholsteiner Raum tauchte das Kürzel „C 18“ auf. Das Tatbekenntnis zu einer Schändung des jüdischen Friedhofes in Neustadt wurde als „Aktionsreport“ von C 18 bezeichnet: Man wehre sich gegen die jüdische Herrschaftsclique und ihre Handlanger.

2 Schwerpunkte

2.1 Orientierungskrise bei den „Freien Nationalisten“

Die Zahl derjenigen, die sich – parteilich nicht gebunden – dem politischen Kampf für die Wiedererrichtung des Nationalsozialismus verschrieben haben, ist leicht gestiegen – auf Bundesebene von 2.600 im Vorjahr auf knapp 3.000, in Schleswig-Holstein von 70 auf 90. Den hoch gesteckten Erwartungen der Szene in den letzten Jahren entspricht dies nicht. Vor allem ist es weiterhin nicht gelungen, die Skinhead-Szene dauerhaft für politische Arbeit zu interessieren und in neo-nationalsozialistische Strukturen einzubinden. Sie führt weitgehend ein Eigenleben. Die Zahl der so genannten Kameradschaften, in denen politisch gearbeitet wird, hat sich leicht verringert. Die Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen gingen gegenüber 2002 zurück.

Die Enttäuschung führender Neo-Nationalsozialisten kommt in einem „Leitfaden“ zum Ausdruck, einer Veröffentlichung, die eine gemeinsame Handlungsgrundlage „für viele freie Kräfte im nationalen Widerstand“ bieten will. Die Freizeitmentalität der Szene wird deutlich gerügt. Die Kritik richtet sich aber auch an persönliche Animositäten und Profilierungssucht. Eine gruppen- und parteiübergreifende Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess mit dem Ziel, diesen Prozess eines Tages komplett zu gestalten, werde dadurch verhindert. Die erkannten Fehlentwicklungen in den eigenen Reihen seien kompromisslos zu beseitigen, um durch revolutionäre Politik das herrschende System als Ursache des Übels vorführen zu können.

Ein Erfolg dieses Aufrufs ist nicht zu erkennen. Die Rivalitäten in der heterogenen Szene wurden auch 2003 teilweise offen über das Internet ausgetragen.

Die wegen der zahlreichen Organisationsverbote fehlenden festen Strukturen erschweren ein zielgerichtetes politisches Handeln. So bleibt die Anlehnung an die Organisationsstruktur der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) trotz aller Verachtung für diese Partei, die sich nach den Spielregeln des verhassten demokratischen Systems verhalte und für den Staat zu durchsichtig sei, unverändert eine Option.

Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass die von den Neo-Nationalsozialisten in die Szene hineingetragene revolutionäre Ideologie bei einigen eine Erwartungshaltung erzeugt, die nach gewaltsamer Umsetzung drängt – entgegen allen Appellen zur Mäßigung.

2.2 Gewaltbereitschaft

Über die Sinnhaftigkeit terroristischer Strategien war in der Szene in den Jahren 1999 und 2000 heftig diskutiert worden. In öffentlichen Appellen, sogar im NPD-Organ „Deutsche Stimme“, wurde vor diesem Weg gewarnt und damit indirekt zugegeben, dass solche Gedanken vorhanden waren. Hinweise auf terroristische Strukturen haben sich in der Folgezeit jedoch nicht ergeben. Im Jahr 2003 konnte die Vorbereitung eines Anschlags in Bayern rechtzeitig aufgedeckt werden. Gegen die Gruppe um den Neo-Nationalsozialisten Martin Wiese beabsichtigt der Generalbundesanwalt Anklage wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung zu erheben.

Das Kürzel „C 18“ als Synonym für rechtsextremistische Militanz ist in der Szene verbreitet. Es geht zurück auf die britische Neonazi-Gruppe „Combat 18“ und die unter ihrem Namen verbreiteten terroristischen Strategiepapiere. Die Gruppe gilt in Großbritannien als zerschlagen, ihre Terrorstrategie wird in verschiedenen Schriften aber weiterhin verbreitet. Schon 1999 hatte sich in der inzwischen verbotenen Publikation „Hamburger Sturm“ eine so genannte national-revolutionäre Zelle zu Wort gemeldet, sich auf C 18 berufen, der Bildung „Brauner Zellen“ das Wort geredet sowie zu Kampfsport, Waffenschulung und absoluter Verschwiegenheit aufgerufen. Strategiepapiere von C 18 werden seit Jahren über eine englischsprachige Schrift mit dem Titel „Stormer“ verbreitet, die gegen Ende 2002 auch erstmals in einer deutschen Ausgabe erschien und auch in Schleswig-Holstein bekannt wurde. Aufgerufen wird hierin zu niedrigschwelligen Aktionen gegen beispielsweise „Antifas“, Drogendealer, Kriminelle und zu der Bedrohung von Politikern. Da es, so die Verfasser, gegenwärtig keine Erfolgsaussicht hätte, „gegen den Staat und seine Vasallen“ vorzugehen, warnen sie vor dem „verfrühten“ bewaffneten Kampf.

Dieser Strategie entspricht ein Ereignis im Kreis Ostholstein. Am 3./4. Mai wurde in Neustadt der jüdische Friedhof von unbekanntem Tätern geschändet. Im Internet wurde ein als „Aktionsreport“ von „Combat 18 Deutschland“ verbreitetes Tatbekennt-

nis veröffentlicht. Die Seite enthält unter anderem ein Foto vom Tatort und schließt wie folgt:

„Combat 18 Deutschland übernimmt für diese Tat die volle Verantwortung. C 18 wehrt sich gegen die jüdische Herrschaftsclique, ihre Handlanger, Institutionen und Psydodenkmäler. (Fehler im Original) Es gab keinen Holocaust am jüdischen Volk. Nieder mit der 6 Millionenlüge und ihren wildwuchernden Ausgeburten. Kampf der Lüge bedeutet Kampf dem Juden, immer & überall!“

Auf der Internet-Seite sind weiterhin Fotos vom Bürgermeister der Stadt Neustadt, von einem Lübecker Staatsanwalt sowie vom Landrat des Kreises Ostholstein abgebildet. Die Fotos sind eingerahmt mit den Worten: „Wer dem Juden dient, ist Feind. Ihr seid die Nächsten!“

Bereits in den Jahren 2000 und 2001 waren in der Pinneberger und Elmshorner Szene Propaganda-Aktionen und Drohungen mit dem Kürzel „C 18“ versehen worden. Engere Kontakte nach Großbritannien konnten aber nicht erkannt werden. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Kiel wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Betäubungsmittel- und Waffengesetz sowie eines Verfahrens der Staatsanwaltschaft Flensburg wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 Strafgesetzbuch) durchsuchten am 28. Oktober Polizeibeamte aus mehreren Bundesländern in einer groß angelegten Aktion insgesamt 56 Objekte in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg. Die Maßnahme richtete sich sowohl gegen Allgemein-Kriminelle als auch gegen bekannte Rechtsextremisten. Bei der Durchsuchung stellte die Polizei Schuss-, Schlag- und Stichwaffen, Anleitungen zum Bau von Explosionskörpern, Munition sowie eine bislang unbekannte Zahl rechtsextremistischer Tonträger sicher. Sieben Personen wurden festgenommen, gegen fünf, unter anderem gegen den ehemaligen Vorsitzenden des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein Peter Borchert, erging Haftbefehl. Die Durchsuchungen im Verfahren nach § 129 Strafgesetzbuch betrafen hauptsächlich Rechtsextremisten der „Kameradschaft Pinneberg“ sowie der Szene im Raum Neumünster.

Eine Äußerung zu den Exekutivmaßnahmen fand sich Anfang Januar 2004 auf der britischen C-18-Internet-Seite, auf der schon die Bekennung zur Schändung des jüdischen Friedhofes in Neustadt erschien.¹³ Unter den Überschriften „Worte – Radikal

dischen Friedhofes in Neustadt erschien. Unter den Überschriften „Worte – Radikal Schreiben & Waffen – Radikal Handeln“ sowie „Vom Titelblatt zum totalen Kampf – C 18 Deutschland“ wird der Eindruck erweckt, C-18-Strukturen seien in Deutschland mittlerweile etabliert. Hinweise auf derartige weitergehende Strukturen gibt es jedoch nicht; die vereinzelte Nutzung der Bezeichnung „C 18“ diene Einzelaktivisten bisher eher dazu, auf sich aufmerksam zu machen. Allerdings belegen die Veröffentlichungen im Internet gute Kontakte zur militanten britischen Neonazi-Szene, die auch über die skandinavischen Länder ihre Militanz zu exportieren versucht.

Um zu verstehen, was „Combat 18“ für die neo-nationalsozialistische Szene heute bedeutet, ist ein näherer Blick auf die Organisation und ihre Idee notwendig. C 18 wurde 1992 als kämpferischer Zweig und Ordnungsgruppe der rechtsextremistischen englischen „British National Party“ (BNP) gegründet. Sie spaltete sich jedoch schon 1993 von der BNP ab, weil diese die Missachtung ihrer Führungsautorität und die gewaltsamen Aktionen von C 18 sowie das damit verbundene negative Image nicht länger tolerieren wollte. Danach entwickelte sich C 18 zu einer Schlägertruppe, die „Anti-Antifa-Arbeit“ betrieb und politische Gegner terrorisierte. C 18 strebte einen nationalsozialistisch geprägten Staat an, „in dem weiße Arier auf eigenem Land frei von multikulturellen Einflüssen leben und arbeiten können“. In jüngerer Zeit sind nach zahlreichen Strafverfolgungsmaßnahmen kaum noch militante Aktionen bekannt geworden.

Unter dem Kürzel „C 18“ wird allerdings ein Terrorkonzept verbreitet, das über Großbritannien und Skandinavien in Propagandamaterial den Weg nach Deutschland gefunden hat, auch im Internet zu finden ist und hier in der rechtsextremistischen Szene immer wieder Thema ist. Ziel des Konzeptes ist es, die Bildung rechtsextremistischer unabhängiger nationalsozialistischer Kampfzellen anzuregen und es ihnen zu überlassen, wann und in welcher Weise sie tätig werden wollen – bis hin zur Entscheidung für den bewaffneten Kampf.

Ansatzweise scheint dieses Konzept seinen Weg in die Köpfe Einzelner gefunden zu haben, wie an der „Kameradschaft Pinneberg“ erkannt werden konnte, wenn auch sonst die Benutzung von „C 18“ in erster Linie der Provokation und der Selbststilisierung dient. Dennoch erhöht diese Terrorpropaganda die Gefahr, dass bei Einzelnen

die Bereitschaft zur Begehung schwerer Straftaten wächst. Der zunehmende Anteil allgemein-krimineller Bezüge in der Szene und vermehrt angefallene Erkenntnisse zum Waffenbesitz von Szene-Angehörigen bestärken derartige Befürchtungen.

Nach dem Bekanntwerden der Anschlagsvorbereitungen in Bayern haben Neo-Nationalsozialisten in Internet-Verlautbarungen sich distanziert und teilweise behauptet, das Ganze sei von Staat und Verfassungsschutz inszeniert worden. Kaum verschleierte, öffentlich verbreitete Zustimmung, wie sie einem Gedicht in einer Publikation des NPD-Kreisverbandes Kiel/Plön zu entnehmen war, gab es jedoch ebenfalls.

In Schleswig-Holstein wurden im Berichtsjahr 321 rechtsextremistische Straftaten bekannt, darunter 66 Gewalttaten. Das bedeutet eine geringe Zunahme gegenüber 2002, in dem es 317 Taten mit rechtsextremistischem Hintergrund gab (davon 56 Gewalttaten).

2.3 Aktionen

Aktionismus muss die fehlenden politischen Strukturen der neo-nationalsozialistischen Szene ersetzen. Die Anhänger werden durch fortwährende Aktionen vielfältiger Art zusammengehalten. Mindestens genauso wichtig ist es jedoch, öffentliche Aufmerksamkeit, vor allem die Aufmerksamkeit der Medien, zu erlangen. Die Sammlung von Presseberichten ist für Szene-Aktivist*innen vermeintlicher Nachweis ihrer angeblichen Bedeutung. Trotz des nach wie vor geringen politischen Interesses der Skinhead-Szene gelang es, durch Demonstrationsaufrufe immer wieder Gesinnungsgenossen auf die Straße zu bringen. Da die Versuche von Rechtsextremisten, gegenwartsbezogene Kampagnen erfolgreich zu gestalten, regelmäßig scheitern, griffen sie weiterhin überwiegend auf ihre „bewährten“ Themen mit Bezug zum historischen Nationalsozialismus zurück. Vereinzelt führte diese Strategie auch zu Mobilisierungserfolgen. Allerdings blieb die Szene dabei überwiegend unter sich und verfehlte ihr Ziel, durch öffentliche Präsenz nennenswerten Zulauf zu gewinnen.

Weitgehend erfolglos blieb der Versuch, den Irak-Krieg propagandistisch auszuschlachten. Die Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen blieben weit hinter den eigenen Erwartungen zurück.

2.3.1 Aktionen mit geschichtsrevisionistischem Schwerpunkt

Die Gedenkveranstaltung zum Todestag von Rudolf Heß am 16. August in Wunsiedel (Bayern) war wiederum einer der zentralen Punkte des rechtsextremistischen Demonstrationsgeschehens. Schon Monate vorher war bundesweit für die Veranstaltung mobilisiert worden. An ihr sollen bis zu 4.000 Personen (2001: 900, 2002: 2.500) teilgenommen haben. Unter den Teilnehmern waren auch zahlreiche Rechtsextremisten aus dem benachbarten Ausland, unter anderem aus Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Österreich und Italien. Aus Schleswig-Holstein nahmen deutlich weniger Szene-Angehörige als noch im Vorjahr teil, unter anderem Anhänger der „Kameradschaft Elbmarsch“ sowie Einzelaktivisten aus Lübeck, Neumünster und Kiel. Rund 50 schwedische Rechtsextremisten waren über Puttgarden (Kreis Ostholstein) eingereist und wurden von dort mit einem Reisebus nach Wunsiedel gebracht. Neo-Nationalsozialisten aus dem östlichen Schleswig-Holstein hatten die logistische Unterstützung für die Anreise der schwedischen Teilnehmer übernommen. In die Organisation der zentralen Veranstaltung waren wie auch im Vorjahr der Betreiber des „Aktionsbüro Norddeutschland“, Tobias Thiessen, sowie die Leiterin der neo-nationalsozialistischen „Mädelschar Deutschland“, Inge Nottelmann, beide aus Norderstedt, eingebunden.

Zunächst hatte das zuständige Landratsamt die vom Hamburger Rechtsextremisten Jürgen Rieger angemeldete Veranstaltung als erkennbare Verherrlichung des Nationalsozialismus verboten. Das Bundesverfassungsgericht gab aber schließlich einem Eilantrag des Anmelders statt. Die „Heß-Veranstaltung“ wird damit ihre zentrale Rolle als Aufmarschort der neo-nationalsozialistischen Szene und ihres Mobilisierungsumfeldes behalten. Rieger hat bereits für das Jahr 2004 zur Teilnahme aufgerufen.

Erstmalig nach über zehn Jahren verbotsbedingter Pause konnte die rechtsextremistische Szene auch wieder einen so genannten Ehrenaufmarsch für den deutschen Frontsoldaten in Halbe (Brandenburg) durchführen. Am 15. November marschierten über 600 Rechtsextremisten durch den Ort und legten 29 Kränze auf dem Friedhofsvorplatz nieder. Die Veranstaltung war von Lars Jacobs aus Börnsen (Kreis Herzogtum Lauenburg), der neben dem Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch auch als Versammlungsleiter auftrat, angemeldet worden. Das Oberverwaltungsge-

richt Frankfurt/Oder hatte die Veranstaltung mit diversen Auflagen versehen. Jacobs leitet das „Freie Info-Telefon Norddeutschland“, ein Internet-Projekt des „Nationalen Widerstand Nord“, mit aktuellen Ansagen, Dokumentationen, Berichten und Terminen.

Die Proteste von Rechtsextremisten gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Neben den bekannten geschichtsrevisionistischen Motiven wurden auch antisemitische Begründungen erkennbar. Auf den Internet-Seiten des „Aktionsbüro Norddeutschland“ hieß es:

„Wir erkennen die Ausstellung als Bestandteil des geistigen und moralischen Vernichtungsfeldzuges, der in der BRD seit über 50 Jahren geführt wird. Diese Art der psychologischen Kriegsführung begleitet unterstützend Geldforderungen in Milliardenhöhe, wie sie beispielsweise in den letzten Jahren durch jüdische und andere Organisationen im Rahmen der ‚Zwangsarbeiterdebatte‘ erhoben wurden. Daher geht es nicht in erster Linie um die Wehrmacht. Unsere Soldaten werden nur benutzt, um einen ewigen Schuldkomplex aufrecht zu erhalten.

Reemtsma ist die ausführende Kraft, aber hinter ihm stehen die Macher der seit den 1930er Jahren geplanten und nach Kriegsende 1945 begonnenen Umerziehung des deutschen Volkes. (...)“

Im Jahre 2003 wurde die Ausstellung auch in Neumünster gezeigt. Bereits am 4. September 2002, unmittelbar nach Bekanntgabe des Ratsbeschlusses, die Ausstellung zu zeigen, meldete der Neo-Nationalsozialist Peter Borchert zunächst für sechs Termine Demonstrationen in Neumünster an. Am 5. April fanden sich dann rund 500 Personen zur Demonstration ein. Die Mobilisierung wurde vor allem vom „Aktionsbüro Norddeutschland“ getragen. Um die Attraktivität der Veranstaltung zu steigern, fand in den Abendstunden des Veranstaltungstages ein rechtsextremistisches Skinhead-Konzert statt. Bei der Auflösung dieser Veranstaltung kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Folge vier Beamte und ein Angehöriger der rechten Szene verletzt wurden. Die Polizei stellte dabei die Personalien von 445 Besuchern fest.

2.3.2 Weitere rechtsextremistische Aktivitäten in Schleswig-Holstein

Die Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten beschränkten sich nicht ausschließlich auf revisionistische Themen. Verschiedentlich wurde versucht, den Irak-Krieg propagandistisch für eigene Zwecke zu nutzen:

- In Hamburg fanden im Vorfeld der Aktionen zum „Tag X“, dem Tag des Angriffs der USA auf den Irak, verschiedene Flugblatt-Aktionen, auch mit Beteiligung schleswig-holsteinischer Neo-Nationalsozialisten und Skinheads, statt. Auf den rechtsextremistischen Internet-Seiten waren der Szene unterschiedliche Flugblätter zu diesem Thema zum Herunterladen zur Verfügung gestellt worden. Im Mai verteilten in zwei Hamburger Stadtteilen Angehörige der neo-nationalsozialistischen Szenen aus Hamburg und dem südlichen Schleswig-Holstein Anti-Amerika-Flugblätter mit dem Titel „Terror ist ein Meister aus Amerika“.
- In Bad Segeberg wurden am 26. März Anti-Amerika-Flugblätter verteilt, in denen die US-Militäreinsätze nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelistet waren. Auf die Eröffnung eines amerikanischen Fast-Food-Restaurants wurde dort später ebenfalls mit Flugblättern reagiert.

Spektakulär, weil aus dem üblichen rechtsextremistischen Rahmen fallend, war eine Hausbesetzung am 28. Juni in Lübeck. Dabei drangen 14 Szene-Angehörige aus Neumünster, Kiel und dem Rendsburger Raum in ein leer stehendes Haus ein und besetzten es für etwa 3 ½ Stunden. In diesem Zeitraum brachten sie verschiedene Transparente mit Aufschriften wie „Alternativen-schaffen.de.vu“ und „Schafft zwei, drei, viele Alternativen!“ an dem Gebäude an. Außerdem wurde von dem seinerzeit noch amtierenden NPD-Landesvorsitzenden Peter Borchert mittels Megafon eine Ansprache gehalten. Er forderte dabei unter anderem die Schaffung eines „Nationalen Jugendzentrums“ in der Art, wie es der „linken“ Szene Lübecks mit der „alternative“ zur Verfügung stünde. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass es sich bei der Aktion um eine „symbolische gewaltfreie Besetzung“ handele.

Zeitgleich mit der Besetzungsaktion gab es im Internet eine Präsentation mit entsprechenden Forderungen. In völliger Verkennung der Lage wurde der Schulter-

schluss mit der „linken“ Lübecker Szene gesucht: „Die Grenze verläuft nicht zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘, sondern zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘“.

Am 19. Juli wurde vor dem Haus eine Mahnwache mit etwa 20 Personen durchgeführt. Dabei wurden die Forderungen nach der Schaffung eines „Nationalen Jugendzentrums“ erneuert und Flugblätter an Passanten verteilt.

Es folgten weitere Aktionen, bei denen die Lübecker von bekannten Neo-Nationalsozialisten unterstützt wurden. Mit einer geänderten Strategie wurde dann am 28. August die vierte Aktion gestartet. Einige Rechtsextremisten versuchten, als Zuschauer an einer Sitzung der Lübecker Bürgerschaft teilzunehmen. Nachdem dieser Plan durch ein Hausverbot scheiterte, formierte sich die Gruppe vor dem Rathaus in der Fußgängerzone und entrollte ein Transparent. Auf den Platzverweis der Polizei folgte ein „Offener Brief“ an den Lübecker Bürgermeister.

Den Abschluss der Kampagne bildete eine Mahnwache mit Kundgebung am 25. September in der Lübecker Fußgängerzone. Anlass dafür war die in Aussicht gestellte Verlängerung des Mietvertrages mit dem selbst verwalteten Jugend- und Kulturzentrum „alternative“ durch die Stadt Lübeck. Borchert und der Lübecker Rechtsextremist Jörn Lemke forderten in ihren Redebeiträgen erneut einen Mietvertrag auch für ein selbst verwaltetes Zentrum zur Pflege völkischer Kultur und nationaler Identität und solidarisierten sich „als volksbewusste AntifaschistInnen mit den antinationalen AntifaschistInnen“.

Art und Umfang dieser Kampagne hatten eine für schleswig-holsteinische Neo-Nationalsozialisten neue Qualität. In einem begrenzten Vierteljahreszeitraum erfolgte gebündelt eine Reihe verschiedener Aktivitäten, die, unter anderem mit der Hausbesetzung, auch für Rechtsextremisten eher ungewöhnliche Aktionsformen enthielten. Parolen und damit verbundene Forderungen griffen ein aktuelles „links besetztes“ kommunalpolitisches Thema auf, verbunden mit dem Versuch einer umfangreichen „national“-ideologischen Begründung. Auch ging es offenkundig nicht um die unmittelbare Mobilisierung der eigenen Szene, sondern um die Schaffung von Koalitionen sowohl mit bürgerlichen Kräften als auch mit Linksextremisten. Dazu wurde der Versuch unternommen, mit öffentlichem Druck als Gesprächspartner von der Kommunalpolitik anerkannt zu werden.

Vor diesem Hintergrund muss die Kampagne als gescheitert gelten. Zwar erzielten einzelne Aktionen eine gewisse Öffentlichkeitswirkung durch Presseberichte, doch blieb eine Unterstützung durch die Bevölkerung oder gar durch die autonome Szene völlig aus. Die geforderten Gespräche mit der Stadtverwaltung kamen ebenfalls nicht zu Stande. Auch in der eigenen Szene waren die Reaktionen eher verhalten.

2.4 Kommunalwahl 2003

Rechtsextremistische Parteien traten zur Kommunalwahl nicht an. Hingegen gelang es Lübecker Neo-Nationalsozialisten erneut, wie schon bei vergangenen Wahlen, eine Wählergemeinschaft aufzustellen. Alle 27 Wahlkreise konnten mit Kandidaten des „Bündnis Nationaler Sozialisten für Lübeck“ besetzt werden.

Trotz Propaganda-Aktionen und der Unterstützung durch den bekannten Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch nahmen an der Auftakt-Demonstration am 25. Januar nur etwa 70 Mitglieder und Sympathisanten des Bündnisses teil. Erst recht enttäuschend für die Bündnis-Betreiber fiel das Wahlergebnis aus: Lediglich 702 Stimmen wurden erreicht, das sind 0,8 % der in Lübeck abgegebenen Stimmen. Das Ziel, ein Mandat in der Lübecker Bürgerschaft zu erreichen, wurde damit sehr deutlich verfehlt.

Auch das konkurrierende „Bündnis Rechts für Lübeck“ konnte kein nennenswertes Ergebnis erzielen (0,5 %). Damit bestätigte auch die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, dass rechtsextremistische Parteien und Wahlbündnisse derzeit nur mit geringem Wählerzuspruch rechnen können.

2.5 Musik-Szene

2.5.1 Allgemeines

Rechtsextremistische Musik ist seit Jahren das szeneverbindende Element innerhalb der Skinhead-Subkultur. In den Liedtexten werden Szene-Selbstverständnis und Abgrenzung vom „Rest der Gesellschaft“ ebenso propagiert wie neo-nationalsozia-

listische Ideologiefragmente, Rassismus, Anti-Semitismus und Verherrlichung von Gewalt. Die Produktion und Verbreitung dieser Musik haben weiter zugenommen.

2003 fanden bundesweit 115 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte statt (2002: 112). In Schleswig-Holstein wurden davon zwei Konzerte durchgeführt (2002: 1).

Neben dem Konzert in Neumünster (siehe dazu unter Nr. II 2.5.2) vermochte die Szene lediglich ein weiteres, kleineres Konzert am 25. Oktober in Büdelsdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) mit rund 100 bis 150 Teilnehmern zu organisieren. Dieses in einer Gaststätte durchgeführte Konzert erzielte keine öffentlichkeitswirksame Außenwirkung. Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem neun so genannte Liederabende durchgeführt wurden, fanden derartige Veranstaltungen im Jahr 2003 in Schleswig-Holstein nicht statt. Auf Bundesebene gab es 40 entsprechende Veranstaltungen gegenüber 33 im Vorjahr.

Rund 50 rechtsextremistische Musik-Vertriebe versorgen die Szene bundesweit mit Tonträgern und anderen Devotionalien. Angeboten werden neben Tonträgern verschiedene Artikel mit szenetypischem Bezug, wie z. B. Aufnäher, Flaggen, Pins und Kleidungsstücke.

In Schleswig-Holstein bestanden 2003 drei Versandhandel sowie zwei kleinere Vertriebe/Läden, die nur regional von Bedeutung sind.

Von rund 95 aktiven rechtsextremistischen Skinhead-Musikgruppen stammen vier aus Schleswig-Holstein. Bekannt wurden Auftritte im In- und Ausland.

2.5.2 Skinhead-Konzert am 5. April in Neumünster

Im Rahmen der Mobilisierung anlässlich der Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ am 5. April in Neumünster wurde innerhalb der rechtsextremistischen Szene konspirativ ein rechtsextremistisches Skinhead-Konzert geplant. Die Konzert-Teilnehmer, die sich teilweise nach Abschluss der Demonstration bis zum frühen Abend im „Club 88“ in Neumünster aufhielten, wurden zu einer angemieteten Gewerbehalle im Stadtteil Wittorf geleitet. Nach dem Auftritt der britischen

Skinhead-Musikgruppe „White Law“ sowie der aus Baden-Württemberg stammenden Band „Ultima Ratio“ löste die Polizei das Konzert aus Gründen der Gefahrenabwehr auf. Zunächst wurde der Aufforderung der Polizei zum Verlassen der Halle auch Folge geleistet, jedoch schwenkte die ursprünglich friedliche Haltung der teilnehmenden Skinheads in eine aggressive um. Durch Würfe verschiedener Gegenstände (Flaschen, Stühle o. ä.) wurden sowohl „eigene Kameraden“ als auch mehrere Polizeibeamte verletzt. Die Polizei stellte nach Auflösung des Konzertes 445 Teilnehmer fest.

Alle führenden schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten haben an dem Konzert teilgenommen. Bedeutsam ist neben der Präsenz der aktiven schleswig-holsteinischen Szene die Teilnahme von Aktivisten aus dem Bundesgebiet, insbesondere aus dem norddeutschen Raum. Aus Schleswig-Holstein stammen rund 200 Besucher. Die Wohnsitze der Festgestellten spiegeln die bekannten regionalen Schwerpunkte der Szene wider. Von den Besuchern aus Schleswig-Holstein wurden rund 80 % männliche und 20 % weibliche Teilnehmer festgestellt. Zwei Drittel der den Sicherheitsbehörden bekannten schleswig-holsteinischen Teilnehmer sind der rechtsextremistischen Skinhead-Szene sowie ein Drittel dem neo-nationalsozialistischen Lager zuzurechnen.

3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen

3.1 Entwicklung der aktionistischen rechtsextremistischen Szene

Die Zahl der neo-nationalsozialistischen Aktivisten hat sich leicht auf 90 erhöht, die rechtsextremistisch geprägte Szene stieg von 550 auf 600 Personen. Auch bundesweit hat sich die Zahl der überzeugten Neo-Nationalsozialisten leicht erhöht. In dieser Entwicklung spiegelt sich offenbar eine gewisse Verfestigung neo-nationalsozialistischer Ideologie in der Gesamt-Szene wider. Diese ist eine Misch-Szene aus ideologisch gefestigten, am historischen Nationalsozialismus orientierten Personen und aus Angehörigen der subkulturell geprägten Skinhead-Szene. Sie zeigt kaum noch klare Trennungslinien. Neben den fließenden Übergängen zwischen Neo-Nationalsozialisten und Skinheads gibt es ebenso Verknüpfungen dieses Personenkreises mit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Die Bandbreite der

Personenverbindungen und „Kameradschaften“ reicht von eher freizeit- bis zu nachweisbar gewaltorientierten Gruppen, deren Anhänger sich von Fall zu Fall in unterschiedlichem Umfang für politische Aktionen mobilisieren lassen. Die ideologischen und aktionistischen Vorgaben stammen von wenigen Einzelaktivisten. Diese stehen untereinander, auch länderübergreifend, in gutem Kontakt. Vermehrt wurden in Schleswig-Holstein internationale Kontakte festgestellt. Verbindungen einzelner Szene-Aktivisten nach Skandinavien scheinen sich gefestigt zu haben. Die internationale Musik-Szene bereitet hierfür ebenso den Weg wie Produktion und Vertrieb von in Deutschland verbotenen Material. Die Klammer für den norddeutschen Bereich bildet das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ (NSAN). Es entstand bereits 1997 auf Initiative von Hamburger Neo-Nationalsozialisten, die einen Ersatz für ihre in den Neunzigerjahren zahlreich verbotenen Gruppen suchten und die Idee der „Freien Nationalisten“ propagierten. Dem NSAN zuzurechnen ist das „Aktionsbüro Norddeutschland“, das in erster Linie über eine ständig aktualisierte Internet-Präsenz versucht, den Zusammenhalt der Szene zu fördern und die Aktionsbereitschaft der Anhänger zu steigern.

Im Herbst wurde unter Beteiligung von führenden Hamburger und schleswig-holsteinischen Neo-Nationalsozialisten der Verein „Braune Hilfe“ gegründet. Er will insbesondere Unterstützungsleistungen im Vorfeld von Verurteilungen, also auch während der Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, anbieten. Ein genaues Tätigkeitsprofil ist bisher nicht zu erkennen.

3.1.1 Neo-nationalsozialistische und subkulturelle „Kameradschaften“ in Schleswig-Holstein

3.1.1.1 Kiel

Der älteste Personenzusammenschluss ist die seit Sommer 2000 existierende „Kameradschaft Kiel“, eine „Misch-Kameradschaft“, die sowohl aus neo-nationalsozialistisch geprägten Rechtsextremisten als auch aus rechtsextremistischen Skinheads besteht. Der „Kameradschaft“ sind rund zehn Rechtsextremisten zuzuordnen. Einzelne Aktivisten beteiligten sich sporadisch an Aktionen, wie z. B. Demonstrationen gegen den Irak-Krieg im Frühjahr in Hamburg, der Demonstration gegen die Ausstel-

lung „Verbrechen der Wehrmacht“ in Neumünster im April. Die „Kameradschaft“ ist weiterhin mit der NPD verflochten. Nach wie vor ist ein Teil ihrer Mitglieder auch Mitglied im Kreisverband Kiel/Plön der NPD.

Die zweite Gruppierung, bestehend aus fünf bis zehn rechtsextremistischen Kieler Skinheads, beschränkte sich 2003 auf gemeinsame „Freizeitgestaltungen“ mit anderen lokalen/regionalen schleswig-holsteinischen Skinhead-Gruppierungen in Form von Skinhead-Partys, unter anderem am 19. Juli am Falckensteiner Strand in Kiel-Friedrichsort (rund 50 bis 60 Teilnehmer). Alle weiteren bekannt gewordenen Treffen des Zusammenschlusses fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Verglichen mit dem Vorjahr sind die Aktivitäten beider Kieler Gruppierungen rückläufig. Ursächlich hierfür war unter anderem die Inhaftierung führender Aktivisten wegen unpolitischer Straftaten.

3.1.1.2 Rendsburg

Auch 2003 bildete die Szene im Raum Rendsburg einen Schwerpunkt der gewaltgeneigten rechtsextremistischen Subkultur. Der aus 40 bis 50 Personen bestehende Kreis zeigte im Berichtsjahr allerdings nur ein sehr geringes Interesse an politischer Arbeit im engeren Sinn. Die im Vorjahr noch aktive politische Kameradschaft „Weißer Wolf“ verzeichnete kaum noch Aktivitäten. Sie muss inzwischen als aufgelöst gelten. Dafür standen subkulturelle Verhaltensformen (Skinhead-Partys, Besuch von rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten o. ä.) im Vordergrund.

Besonders hervorzuheben an der Rendsburger Szene ist deren Gewaltaffinität. Im Sommer und Herbst wurden zahlreiche gewaltsame Auseinandersetzungen mit ausländischen Jugendlichen sowie Übersiedlern aus Russland polizeilich bekannt. Die führenden Aktivisten der Szene konnten fremdenfeindlich eingestellte Skinheads sowie unpolitische, jedoch gewaltgeneigte Mitglieder diffuser Jugend-Cliquen zu gemeinsamen Gewalttaten animieren.

3.1.1.3 Kreis Pinneberg

Wie in den Vorjahren gab es im Kreis Pinneberg wiederholt Farbschmierereien, bei denen das Kürzel „C 18“ („Combat 18“) verwendet wurde. Beispiele hierfür sind:

„Wir sind die Revolution PI NS C 18“,
„Nationalsozialismus gegen Ausbeutung und Freiheitsberaubung
NS PI C 18“,
„Alles für Deutschland PI C 18“ und
„BRD heißt das System und morgen wird es untergehen PI C 18“.

Wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung vollstreckte die Polizei am 28. Oktober zahlreiche Durchsuchungsbeschlüsse, von denen insbesondere Angehörige der „Kameradschaft Pinneberg“ betroffen waren. Die „Kameradschaft Pinneberg“, deren Aktionen Anfang des Jahres 1999 begannen, machte in den vergangenen Jahren immer wieder durch so genannte Anti-Antifa-Aktivitäten in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam. Bei den von der Polizei beschlagnahmten Unterlagen befanden sich Hinweise darauf, dass die „Anti-Antifa-Arbeit“, die auch die Auspähung von Angehörigen von Sicherheitsbehörden beinhaltet, fortgesetzt wurde. In den letzten Jahren waren gerade im Kreis Pinneberg immer wieder Polizeibeamte ausgespäht, bedroht und auch körperlich angegriffen worden.

Die „Kameradschaft Elbmarsch“, der rund 25 Personen aus der Skinhead- und der neo-nationalsozialistischen Szene angehören, ist ein weiterer Personenzusammenschluss im Kreisgebiet. Ihre Aktivitäten waren stärker als bei der „Kameradschaft Pinneberg“ auf politische Außenwirkung gerichtet. Bereits am 18. Januar führte sie in Uetersen mit Unterstützung des Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch eine Demonstration unter dem Motto „Gegen Behördenwillkür“ durch, um „gegen die stattfindende Repression gegen national denkende Bürger zu protestieren“. Worch nannte die „behördlichen bzw. polizeilichen Schikanen“, denen die „Uetersener Kameraden ausgesetzt sind“ – Polizeimaßnahmen hatten dazu geführt, dass regelmäßige Treffen der „Kameradschaft“ in einer Gaststätte in Tornesch nicht mehr stattfinden konnten –, als Grund für die Demonstration. Es beteiligten sich rund 150 überwiegend norddeutsche Szene-Angehörige. Auf der Zwischenkundgebung traten führende Neo-Nationalsozialisten aus Lübeck und Hamburg, aus Thüringen und Bayern

sowie ein Angehöriger der „Kameradschaft Elbmarsch“ als Redner auf. Der „Freie Nationalist“ und ehemalige schleswig-holsteinische NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert motivierte mit entsprechenden Parolen zu Sprechchören. Der Ordnerdienst wurde von „Freien Nationalisten“, unter anderem aus Hamburg und den südlichen schleswig-holsteinischen Landesteilen, versehen.

Zwischen Worch und einzelnen Angehörigen der „Kameradschaft Elbmarsch“ bestehen schon länger enge freundschaftliche Kontakte. Worch hatte in den Jahren 2001 und 2002 politische Schulungen in Wedel abgehalten, und Kameradschaftsanhänger waren seinen zahlreichen Demonstrationen, unter anderem nach Leipzig, gefolgt. Aber auch zu anderen Einzelaktivisten und Personenzusammenschlüssen der rechtsextremistischen Szene gibt es Verbindungen und Kontakte. Am rechtsextremistischen Skinhead-Konzert am 5. April in Neumünster beteiligte sich die „Kameradschaft“ fast geschlossen, und an der Verteilung des vom „Aktionsbüro Norddeutschland“ herausgegebenen Flugblattes „Terror ist ein Meister aus Amerika“ am 3. Mai in Hamburg nahmen neben Hamburger Aktivisten und Neo-Nationalsozialisten aus dem südöstlichen Schleswig-Holstein auch Anhänger der „Kameradschaft Elbmarsch“ teil.

Zum Todestag von Horst Wessel führten nach einer Meldung des „Freien Info-Telefon“ am 23. Februar „Nationale Sozialisten“ in den Kreisen Pinneberg und Herzogtum Lauenburg Kranzniederlegungen durch. Die Aktion im Kreis Pinneberg dürfte durch Angehörige der „Kameradschaft Elbmarsch“ initiiert oder zumindest maßgeblich mitgetragen worden sein.

An der zentralen Gedenkveranstaltung zum 16. Todestag von Rudolf Heß am 16. August in Wunsiedel (Bayern) nahmen wie im Vorjahr zahlreiche Anhänger der „Kameradschaft Elbmarsch“ teil.

Im Berichtsjahr gab es zahlreiche Auseinandersetzungen zwischen Kameradschaftsangehörigen, „linken“ politischen Gegnern und ausländischen Jugend-Cliquen.

3.1.1.4 Kreis Herzogtum Lauenburg

Im Januar wurde auf einschlägigen Internet-Seiten auf einen „Kameradschaftsbund Geesthacht“ (KB Geesthacht) hingewiesen. Dabei dürfte es sich um den regionalen Personenzusammenschluss von Skinheads und Neo-Nationalsozialisten handeln, der schon im Verfassungsschutzbericht 2001 erwähnt wurde. Rund 15 Szene-Angehörige aus Geesthacht und dem südlichen Kreis Herzogtum Lauenburg können dem KB Geesthacht zugerechnet werden.

Die enge Verbindung von neo-nationalsozialistischem Netzwerk und rechtsextremistischer Subkultur und deren Umfeld wird an dieser Gruppierung besonders deutlich.

Die Skinheads innerhalb des KB Geesthacht sind hauptsächlich interessiert an Musikveranstaltungen (unter anderem am 5. April in Neumünster), an Szene-Fußballturnieren (31. Mai in Kankelau) und an typischen Skinhead-Feiern, wie beispielsweise an der 2. Nordmark-Party im August im Kreis Pinneberg. Zum Umfeld des KB Geesthacht gehören Szene-Angehörige aus dem gesamten Kreisgebiet; bei größeren Aktionen gehören sie zum Mobilisierungspotenzial. So erstaunt dann auch die große Zahl der Teilnehmer am Fußballturnier in Kankelau am 31. Mai nicht. 200 bis 250 Personen aus Norddeutschland waren der Einladung der Geesthachter gefolgt und nahmen an dem Turnier teil.

Auf der alljährlichen „Bunker-Party“ im Raum Geesthacht im September sollen rund 80 Szene-Angehörige gefeiert haben.

Dieser freizeitorientierte Rahmen wird überlagert von neo-nationalsozialistischen Verbindungen zu den „Freien Nationalisten“ um den Betreiber des „Aktionsbüro Norddeutschland“, Tobias Thiessen aus Norderstedt, sowie zu der Kieler und Lübecker Szene, zum ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Peter Borchert und dessen Umfeld aus dem Bereich des Szene-Lokals „Club 88“ in Neumünster. Auf der Internet-Seite „widerstandnord“ wird unter der Rubrik „Mein Umfeld“ eine E-Mail-Adresse der „Freien Nationalisten in Geesthacht; Region Geesthacht und Lauenburg“ veröffentlicht. Die mit der Veröffentlichung verfolgten Ziele beschreibt „widerstandnord“ wie folgt:

„Diese Rubrik dient der Verbesserung der Vernetzung im Bereich Norddeutschland. Diese Kontaktseite soll es Interessenten ermöglichen, direkten Kontakt zu politisch aktiven Umfeldern, Gruppen und Kameradschaften oder freien Stammtischen in ihrer Region aufzunehmen. (...)“

Somit kann der KB Geesthacht als eigenständige Gruppierung im Netzwerk der „Freien Nationalisten“ angesehen werden. Zum Ende des Berichtsjahres nahmen die Aktivitäten der „Kameradschaft“ allerdings deutlich ab.

3.1.1.5 Lübeck

Die rechtsextremistischen Aktivitäten in Lübeck wurden in den vergangenen Jahren vor allem durch einen kleinen Kreis von Neo-Nationalsozialisten um Jürgen Gerg bestimmt, der auch versucht hatte, den neo-nationalsozialistischen Einfluss auf die NPD zu erweitern. Nach dem fehlgeschlagenen Versuch „Freier Nationalisten“, auf dem Bundesparteitag im März 2002 den Bundesvorstand der NPD zu unterwandern, löste sich Gerg von der NPD, um sich nur noch in Lübeck zu engagieren. Zunächst erwog Gerg, unter dem Namen „Wählergemeinschaft nationaler Sozialisten Lübeck“ an der Kommunalwahl 2003 in Lübeck teilzunehmen. Die Mitglieder der Wählergemeinschaft sollten sich in der Hauptsache aus dem NPD-Kreisverband Lübeck und der „Freien Kameradschaft Lübeck“ (auch „Kameradschaftsbund Rudolf Brüggmann“ genannt) rekrutieren. Gegründet wurde schließlich das „Bündnis Nationaler Sozialisten für Lübeck“ (BnSL) am 7. Oktober 2002. Gerg übernahm selbst den Vorsitz. Das Ziel, ein Mandat in der Lübecker Bürgerschaft zu erreichen, wurde jedoch deutlich verfehlt (siehe dazu unter Nr. II 2.4).

Am 24. Januar fand bei Jürgen Gerg eine Hausdurchsuchung wegen des Verdachtes, volksverhetzende Inhalte auf der Internet-Seite des BnSL veröffentlicht zu haben, statt. Am 7. März wurde dann das BnSL gemäß § 3 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts durch das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein verboten.

Nach dem Verbot war die Lübecker Szene zunächst inaktiv. Erst Anfang April wurde die „Freie Kameradschaft Lübeck“ reaktiviert. Ein Teil ihrer Mitglieder hatte für das BnSL bei der Kommunalwahl kandidiert. Am 28. Juni meldete sich die „Kamerad-

schaft“ mit einer Hausbesetzung in der Lübecker Friedenstraße/Ecke Schwartauer Allee zurück. Die Hausbesetzung bildete den Auftakt zu einer Reihe von Aktionen in den Monaten Juli bis September, die alle unter der verbindenden Forderung „Schaffung eines Nationalen Jugendzentrums“, kurz: „Alternativen schaffen!“, standen (siehe dazu unter Nr. II 2.3.2). Deutlich wurde in dieser Aktionsreihe das Bestreben Gergs, Brücken ins linksautonome Spektrum zu schlagen und eine gemeinsame Ausrichtung „gegen Staat und Kapital“ zu erreichen. Als vermeintlich gemeinsames Ziel formulierte er im Internet:

„Die Regierung(en) stürzen – auf allen Ebenen
Den Kapitalismus zerschlagen – regional, national, international
Für Freiheit, Identität und Selbstbestimmung – Alternativen schaffen!“

Die Aktionen hatten keinen Erfolg. Gerg hat sich inzwischen aus dem Kreis der Lübecker Neo-Nationalsozialisten zurückgezogen.

Ihre Nähe zu Peter Borchert auch nach seiner Verhaftung am 28. Oktober stellte die Lübecker Szene durch eine Mahnwache vor der Justizvollzugsanstalt in Lübeck-Lauerhof am 13. Dezember unter Beweis. Etwa 20 Aktivisten aus Lübeck, Neumünster und dem Hamburger Raum waren an dieser Aktion beteiligt.

3.1.1.6 Neumünster

Die Zahl der in Neumünster aktiv tätigen Rechtsextremisten ist im Berichtsjahr – trotz des Nachrückens Jüngerer – leicht zurückgegangen. Das Mobilisierungspotenzial für den Großraum Neumünster liegt bei etwa 40 bis 50 Personen. Die Anziehungskraft des „Club 88“ auf Auswärtige hat nachgelassen. Bedingt durch den Rückzug etablierter Rechtsextremisten und die nachlassende öffentliche Aufmerksamkeit verlor der Club bis zum Jahresende offensichtlich an Attraktivität. Allerdings sind unter neuen Besuchern des Clubs überproportional viele Jugendliche zu finden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es den Protagonisten gelang, Jugendliche aus der Skinhead-Szene verstärkt für politische Aktivitäten zu motivieren und an den Kern der Szene heranzuführen. Insbesondere Peter Borchert verstand es, „Nachwuchs“ bei verschiedenen Aktionen und Demonstrationen einzubinden. So wurde z. B. die Hausbeset-

zung am 28. Juni in Lübeck maßgeblich mit Jugendlichen aus Neumünster unterstützt.

Das herausragende Ereignis für die örtliche Szene war im Berichtsjahr die Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ am 5. April, an der bis zu 500 Personen teilnahmen, mit dem sich am selben Abend anschließenden, in einer Lagerhalle veranstalteten rechtsextremistischen Skinhead-Konzert (rund 450 Teilnehmer). Am 4. Oktober, wie schon in den vergangenen Jahren, wurde außerdem der 7. Geburtstag des „Club 88“ dazu genutzt, eine „Club-Party“ zu veranstalten. Im Gegensatz zum Jahr 2002 wurde diesmal aber in den Räumlichkeiten des Clubs gefeiert und außerdem auf Live-Musik verzichtet. Im Laufe des Abends fanden sich dennoch etwa 200 Szene-Angehörige aus dem gesamten norddeutschen Raum und Dänemark im Club ein.

Die rechtsextremistische Szene in Neumünster, die aus einem Netzwerk von rechtsextremistischen Skinheads, „Freien Nationalisten“ und NPD-Mitgliedern besteht, ist seit Jahren fest in politische Strukturen eingebunden. Peter Borchert war bis zu seiner Verhaftung am 28. Oktober die dominierende Person. Gleichzeitig fungierte er seit mehreren Jahren auch als Sprecher des „Club 88“. Gegen Jahresende war bei vielen Anhängern und Sympathisanten eine – offensichtlich auch durch das Fehlen der „treibenden Kraft“ Peter Borchert ausgelöste – Aktionsmüdigkeit erkennbar, welche sich auch in den rückläufigen Besucherzahlen des „Club 88“ manifestierte.

3.1.1.7 Kreis Ostholstein

Teile des Kreises Ostholstein gehören weiterhin zu den Schwerpunkten der aktionistischen rechtsextremistischen Szene im Lande. Etwa 20 bis 30 Personen gruppieren sich als subkulturelles Umfeld um einen neo-nationalsozialistisch ausgerichteten Kern. Sie unterhalten gute Beziehungen zu Rechtsextremisten auch außerhalb Schleswig-Holsteins. Einen Beleg für Verbindungen in den skandinavischen Raum bietet die anlässlich der „Rudolf-Heß-Demonstration“ im August sichtbar gewordene logistische Unterstützung schwedischer Rechtsextremisten.

Die Schändung des jüdischen Friedhofes in Neustadt (siehe dazu unter Nr. II 2.2) wird diesem Personenkreis zugerechnet. Seine Entwicklung ist maßgeblich auf teil-

weise schon Jahre zurückliegende Aktivitäten zurückzuführen: Ein gegen Ende der Neunzigerjahre entstandener Personenzusammenschluss, der sich zunächst als „Holsteiner Jungs“ bezeichnete, hatte sich zur „Kameradschaft Cismar“ entwickelt. Bei dem damaligen Aktivistenkreis, der etwa 60 Personen umfasste, standen allerdings vielfach freizeitorientierte Aktivitäten im Vordergrund. Der scheinbare Zerfall der „Kameradschaft“ führte aber, wie nun immer deutlicher wird, zur rechtsextremistischen Verfestigung eines Teils.

3.1.2 „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS)

Der 1999 gegründete KDS mit bundesweit mehreren Dutzend Anhängern betont innerhalb des neo-nationalsozialistischen Spektrums die „Bündelung revolutionärer sozialistischer Energien und Gedanken“.

Im Jahr 2002 hatte sich der KDS auf Bundesebene durch seine antiisraelische und antisemitische Einstellung, seine Solidaritätsbekundungen für den Irak sowie seine Kontakte zu offiziellen Repräsentanten des Irak in Deutschland eine gewisse Öffentlichkeit verschafft.

Als Organisation mit bundesweitem Anspruch unterhält der KDS eine Bundesgeschäftsstelle in Bayern sowie verschiedene Unterorganisationen in den Ländern, die als Gaue und Stützpunkte bezeichnet werden, so in Schleswig-Holstein den „Stützpunkt Neumünster“. Mindestens sechs Rechtsextremisten gehören diesem nördlichsten Stützpunkt an.

Im Februar wurden so genannte Flyer des KDS in Heide verteilt.

Aus Protest gegen eine im Februar in Heide geplante Theateraufführung „Mein Kampf“ hatte der Rechtsextremist und Revisionist Heinz Mahncke aus Tellingstedt (Kreis Dithmarschen) einen Aufruf im Namen des KDS verfasst, in dem er die „wahrheitsverdrehende Geschichts- und Literaturdarstellung über das Dritte Reich und Deutschland“ anprangerte. Mahncke wird im „Gegenangriff“ (Nr. 7), der Publikation des KDS, wegen seines „unermüdlichen Schaffens im deutschen Freiheitskampf“ als Vorbild für die „kampfbereite Jugend“ beschrieben. Er soll dem KDS in „freundschaftlicher Kameradschaft“ verbunden sein.

3.1.3 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Die 1979 gegründete HNG ist die größte neo-nationalsozialistische Vereinigung in Deutschland. Ihr gehören rund 600 Rechtsextremisten an; aus Schleswig-Holstein unverändert etwa 25. Die HNG versteht sich als organisationsübergreifendes Bindeglied für alle Rechtsextremisten. Insofern sind viele HNG-Mitglieder auch in anderen rechtsextremistischen Organisationen oder regionalen Personenzusammenschlüssen, wie beispielsweise neo-nationalsozialistischen „Kameradschaften“, aktiv. Damit kommt der HNG eine nicht unerhebliche Bedeutung als Integrations- und Vernetzungsfaktor in Deutschland zu. Dies wird nicht zuletzt auch an den Vernetzungshinweisen auf die zahlreichen Internet-Projekte des „Nationalen Widerstands“ deutlich. Sie nehmen rund eine halbe Seite des in der Regel monatlich erscheinenden Organs „Nachrichten der HNG“ in Anspruch.

Die „Nachrichten der HNG“ sind auf die Betreuung und ideologische Festigung inhaftierter Rechtsextremisten ausgerichtet. Die Verurteilung rechtsextremistischer Straftäter wird als staatlicher Willkürakt, die bundesdeutsche Rechtsprechung als „Gesinnungsjustiz“ dargestellt. In jeder Ausgabe der „Nachrichten“ werden die Leser zur Mithilfe aufgefordert, den Strafverfolgungsbehörden wird subtil gedroht:

„Die HNG ist bemüht, die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten national denkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren. Bekanntermaßen handelt es sich bei Menschenrechtsverletzungen um Verbrechen, die nicht verjähren. Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen zu den hier benannten Vorfällen. Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern, die mit den jeweiligen Vorgängen zu tun haben.“

Der regelmäßig abgedruckten Gefangenenliste ist ein Foto des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß als Symbolfigur des „politischen“ Gefangenen vorangestellt. Auch in Schleswig-Holstein inhaftierte Rechtsextremisten sind in der Liste aufgeführt, unter anderen der wegen des Mordes an einem Polizisten 1997 in Schleswig-Holstein zu lebenslanger Haft verurteilte Kay Diesner.

Im Mittelpunkt der jährlichen Mitgliederversammlungen der HNG stehen meist organisatorische Fragen. Am 15. März fand die Versammlung des Jahres 2003 unter der Leitung der Vorsitzenden Ursel Müller aus Mainz in Alzenau-Wasserlos (Bayern) statt. Rund 300 Personen nahmen teil, darunter einzelne Neo-Nationalsozialisten aus Schleswig-Holstein. Müller ist auch verantwortliche Betreiberin der Internet-Seite der HNG.

3.2 Parteien

Der Bedeutungsverlust der rechtsextremistischen Parteien hat sich auch im Jahr 2003 fortgesetzt. Die Lage ist gekennzeichnet durch ausbleibende Wahlerfolge, sinkende Mitgliederzahlen und durch innerparteiliche Streitigkeiten.

3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Das Verbotsverfahren gegen die NPD wurde am 18. März durch Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus prozessualen Gründen eingestellt. Eine Entscheidung zur Frage der Verfassungswidrigkeit der Ziele der NPD wurde nicht getroffen. Unbeeinträchtigt davon erklärte der Vorsitzende Udo Voigt auf der Internet-Seite der Partei in einer Meldung vom 21. März unter der Überschrift „Jetzt erst recht NPD – Die nationale Alternative, auf die Deutschland wartet“, die Entscheidung des Gerichts stelle einen Sieg für Deutschland dar. Die NPD werde künftig verstärkt die politische Willensbildung in Deutschland beeinflussen.

Statt des von der NPD erwarteten Aufschwungs stellte sich, nachdem die Partei aus den Schlagzeilen verschwunden war, das Gegenteil ein. Im Laufe des Jahres ging die Mitgliederzahl der NPD auf Bundesebene von 6.100 auf etwa 5.000 zurück. In Schleswig-Holstein hielt sich die Mitgliederzahl auf dem schon geringen Vorjahresstand von etwa 130 Personen. Unmittelbar nach dem Ende des Verbotsverfahrens trat der Anwalt der NPD, Horst Mahler, der sein Mandat dazu nutzte, seine antisemitischen Vorstellungen zu propagieren, aus der Partei aus. In seiner Erklärung hierzu bescheinigte Mahler der Partei, sie sei als eine am Parlamentarismus ausgerichtete Partei unzeitgemäß und wie das parlamentarische System selbst zum Untergang verurteilt.

Die während des Verbotsverfahrens im rechtsextremistischen Lager zu beobachtende Solidarität mit der NPD endete nach Ende des Verfahrens abrupt. Rechtsextremisten aller Schattierungen nahmen dem Parteivorstand insbesondere die mangelnde Aufklärung der bekannt gewordenen V-Mann-Aktivitäten übel.

Der Parteivorsitzende Udo Voigt erklärte in einem Interview über die Zukunft der Partei:

„Die NPD hat ihre Strategie nicht geändert, wir verfolgen nach wie vor das Drei-Säulen-Konzept. Wir werden in den kommenden Jahren verstärkt die dritte Säule, den Kampf um die Parlamente, angehen, was bedeutet, dass dadurch auch eine neue Zielgruppe angesprochen werden muss.“

Im Laufe des Jahres zeichnete sich ab, dass Voigts Vorstellungen vom Kampf um die Parlamente derzeit nicht umsetzbar sind. Ein vom Parteivorstand als „Leipziger Appell“ verabschiedeter Aufruf an die Führungen der „Republikaner“, der „Deutschen Volksunion“ sowie der „Deutschen Partei“, die Zerstrittenheit des nationalen Lagers zu überwinden und auf einer gemeinsamen „Deutschen Liste für Europa“ für die Europawahl 2004 zu kandidieren, wurde entweder gar nicht oder nur hinhaltend beantwortet.

Das Verhältnis der Partei zu neo-nationalsozialistischen Kräften war insbesondere im ersten Halbjahr angespannt, persönliche Animositäten und Streit über den strategisch richtigen Weg wirkten sich aus. In Schleswig-Holstein zeigte die Vorbereitung der von den „Freien Nationalisten“ getragenen und vom damaligen schleswig-holsteinischen NPD-Landesvorsitzenden Peter Borchert angemeldeten Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ am 5. April in Neumünster das tiefe Zerwürfnis zwischen Partei und Neo-Nationalsozialisten. Borchert warf in einer im Internet verbreiteten Stellungnahme der Partei vor, dass sie sich als zersetzerisches Element betätigt habe. Unter der Überschrift „Chronologie der Zersetzung“ beklagte er unter anderem, dass die Parteizeitung „Deutsche Stimme“ die Demonstration trotz seiner Bitte nicht erwähnt habe, dass die Partei für den selben Tag – vermutlich, um die Teilnehmerzahlen zu minimieren – eine Demonstration in Thü-

ringen angemeldet habe und Behinderungen bei der Logistik für die Demonstration in Neumünster. Borchert schloss seine Stellungnahme mit offenen Drohungen gegen den Parteivorstand:

„Sollte der Unterzeichner eines Tages also die verantwortlichen Funktionäre in seine direkte Gewalt bringen können, weiß er, was er zu tun hat, da hilft auch dann die Satzung nix mehr ...!“

Auch bei den für Rechtsextremisten inzwischen schon traditionellen Demonstrationen zum 1. Mai gingen NPD und Neo-Nationalsozialisten getrennte Wege. Während die Neo-Nationalsozialisten in Halle (Sachsen-Anhalt) marschieren ließen, hatte die NPD nach Berlin zu einer Konkurrenzveranstaltung aufgerufen. Das insgesamt mobilisierte Personenpotenzial zum 1. Mai ging von etwa 3.300 auf 2.700 zurück. Der führende Neo-Nationalsozialist Christian Worch bilanzierte im Internet, es sei der NPD nicht gelungen, im Anschluss an das für sie erfolgreich ausgegangene Verbotsverfahren ein Zeichen zu setzen. Dagegen befänden sich „Freie Nationalisten“ wieder im Aufwind.

Anlässlich der „Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung“ am 16. August im bayerischen Wunsiedel ließ die NPD erste Versöhnungsabsichten erkennen, indem der stellvertretende Parteivorsitzende den dort Versammelten, überwiegend dem neo-nationalsozialistischen Lager angehörenden Demonstranten, die Grüße des Parteivorstandes übermittelte und versicherte, dass die NPD an der Seite derer sei, die „für Wahrheit und Gerechtigkeit“ eintreten.

Zum Ende des Jahres 2003 zeichnete sich eine Annäherung eines Teils der „Freien Nationalisten“ und der NPD durch die Planung einer gemeinsamen Demonstration zum 1. Mai 2004 in Berlin ab. Hierfür wurde durch das „Aktionsbüro Norddeutschland“ mobilisiert. In Konkurrenz hierzu bereitete allerdings Christian Worch für diesen Termin in Leipzig eine Demonstration vor.

In Schleswig-Holstein waren die Aktivitäten der Partei durch das Zerwürfnis zwischen Bundesvorstand und dem neo-nationalsozialistischen Landesvorstand um Peter Borchert und Jürgen Gerg völlig zum Erliegen gekommen. Auf einem Landesparteitag am 24. August wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Neuer Vorsitzender wurde

Uwe Schäfer, der bereits von 1978 bis 1998 Landesvorsitzender war. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden unter anderen Heinrich Förster und Jens Lütke gewählt, die beide bereits dem bisherigen Landesvorstand angehörten. Borchert und Gerg hatten vorher angekündigt, nicht für eine erneute Kandidatur zur Verfügung zu stehen. Auch der neue Landesvorstand kann aber als pro-neo-nationalsozialistisch eingestuft werden. Erkennbar wurde dies insbesondere an der Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“. Die Ausgabe Nr. 2 (November/Dezember 2003) lässt an mehreren Stellen erkennen, dass die pro-neo-nationalsozialistische Haltung des Landesverbandes fortbesteht. So werden eine im Sommer von „Freien Nationalisten“ initiierte Hausbesetzung in Lübeck und die hiermit im Zusammenhang stehenden Nachfolgeaktivitäten ausführlich kommentiert. Außerdem enthält die Zeitung eine ganzseitige Anzeige des „Club 88“ in Neumünster, in der zum Besuch der „national befreiten Zone“ eingeladen wird. Schließlich wird in einem „Gedicht zum Zeitgeschehen“ die Vorbereitung des Sprengstoffanschlages auf die Baustelle der Synagoge in München positiv dargestellt.

3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Die DVU hat weiter an Bedeutung verloren. Ihre Mitgliederzahl ging bundesweit wiederum zurück und liegt nunmehr bei etwa 11.500 gegenüber 13.000 im Vorjahr. Der gegenwärtige Mitgliederstand in Schleswig-Holstein dürfte sich entsprechend von 500 auf 450 verringert haben. Dennoch bleibt die DVU die größte rechtsextremistische Partei. Trotzdem gehen weder auf das rechtsextremistische Gesamtlager noch auf die Parteien irgendwelche Einflüsse von ihr aus. Das Parteileben wird weiterhin von der Parteizentrale und dem Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey in München bestimmt. Als Presseorgan der Partei kann Freys Publikation „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ angesehen werden. Deren Berichterstattung wird seit Jahren durch revisionistische, antisemitische und ausländerfeindliche Themen bestimmt. Bezeichnend für die offenkundige Krise der DVU ist die Verschiebung ihrer obligatorischen Großveranstaltung in der Passauer Nibelungenhalle von Oktober 2002 auf Juni 2003 und schließlich deren endgültige Absage.

Gegenwärtig ist die Partei noch in zwei Landesparlamenten vertreten (Brandenburg: fünf Mandate, Bremen: ein Mandat). Bei der Bürgerschaftswahl am 25. Mai in Bre-

men erreichte sie 2,3 % gegenüber 3,0 % im Jahr 1999. Aufgrund einer Sonderregelung im Bremer Wahlrecht erhielt sie wegen ihres in Bremerhaven erzielten Ergebnisses von 7,1 % (1999: 6 %) dennoch wieder einen Sitz in der Bürgerschaft. Im Übrigen verfügt die DVU nur über eine äußerst geringe Stammwählerschaft und konnte bislang immer nur dann Wahlerfolge erzielen, wenn es ihr gelang, Protestwähler zu mobilisieren.

In Schleswig-Holstein beschränkten sich die Aktivitäten der Partei weitgehend auf innerparteiliche Zusammenkünfte.

3.2.3 „Die Republikaner“

Die Partei befindet sich in einer fortdauernden Abwärtsentwicklung. Ursächlich hierfür sind in erster Linie innerparteiliche Differenzen um den vom Parteivorsitzenden Schlierer vertretenen, aber nicht durchgängig erfolgreichen Abgrenzungskurs, mit dem er dem Vorwurf des Rechtsextremismus begegnen will. Führende Funktionäre haben die Partei verlassen. Die Mitgliederzahl ging von 9.000 auf etwa 8.000 zurück. In Schleswig-Holstein dürfte der Mitgliederbestand auf etwa 60 Personen gegenüber 100 im Jahr 2002 zurückgegangen sein.

Wie schon im Vorjahr konnten in Schleswig-Holstein keine öffentlichen Aktivitäten der Partei beobachtet werden.

3.3 Sonstige

3.3.1 „Bündnis Rechts für Lübeck“ (BRL)

Beim BRL handelt es sich um eine Gruppe, die in erster Linie von den Aktivitäten des Vorsitzenden Dieter Kern und weniger Mitstreiter getragen wird. Die Aktivitäten beschränkten sich im Wesentlichen auf so genannte Stammtische und auf unregelmäßige Pressemitteilungen im Internet. Die Broschüre „Lübscher Aufklärer“ erschien im Berichtsjahr lediglich einmal im Zusammenhang mit der Teilnahme des BRL an der Kommunalwahl.

Der im Jahr 2002 für die Szene im Internet eingerichtete Info-Dienst wurde nur bis Mitte Juli aktualisiert.

Von der rechtsextremistischen Szene wird das BRL kaum akzeptiert.

4 Agitations- und Kommunikationsmedien

4.1 Verlage und Vertriebe

Die Zahl der Verlage und Vertriebe, die auch oder ausschließlich rechtsextremistische Publikationen anbieten, hat sich in Schleswig-Holstein erhöht:

„Arndt-Verlag/Arndt-Buchdienst/Europa-Buchhandlung“

Die größte Bedeutung hat weiterhin der in Martensrade (Kreis Plön) ansässige „Arndt-Verlag“. Zu seinem Unternehmenskomplex gehören der „Bonus-Verlag“, der „Orion-Heimreiter-Verlag“ sowie der „Pour-le-Merite-Verlag“. Über den ihm angeschlossenen Buchdienst „Lesen & Schenken“ vertreibt er ein Buch- und Geschenksortiment, das in Teilen rechtsextremistische Bezüge aufweist: Verherrlichung der Zeit des Dritten Reiches und nationalistische bis antisemitische Produktionen gehören zum traditionellen Angebot. In letzter Zeit versucht der Versand gezielt auch jüngeres Publikum anzusprechen durch ein wachsendes Angebot an CDs, unter anderem Veröffentlichungen des rechtsextremistischen Liedermachers Frank Rennicke und rechtsextremistischer Skinhead-Musikgruppen wie „Kraftschlag“, „Landser“ oder „Sturmwehr“.

„Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur“

Nachdem dem Firmengründer Roland Bohlinger die weitere Gewerbeausübung untersagt wurde, werden die Geschäfte des „Verlages für ganzheitliche Forschung und Kultur“ (Inhaber Roland Bohlinger, Sitz in Viöl im Kreis Nordfriesland) nun von seinem Sohn, das heißt der „Verlagsauslieferung Dietrich Bohlinger, Freie Republik Uhlenhof“ (Inhaber Dietrich Bohlinger, Sitz in Viöl im Kreis Nordfriesland), geführt. Die Verlagsauslieferung von Dietrich Bohlinger hat den Versand der rechtsextremistischen Werke von Roland Bohlinger sowie verschiedene Nachdrucke völkischer und nationalsozialistischer Literatur der Zwanziger- und Dreißigerjahre übernommen. Als weiteres Gewerbe führt Dietrich Bohlinger den „Verlag Freiland“ in Süderbrarup

(Kreis Schleswig-Flensburg), der ebenfalls Nachdrucke von Büchern und Broschüren mit völkischem und nationalsozialistischem Tenor sowie verschiedene Publikationen von Roland Bohlinger verlegt. Wie auch in den Jahren zuvor wurden verschiedene Nachdrucke als Ansichtsexemplare bundesweit versandt.

„Verlagsbuchhandlung Dr. Axmann, Dr. Axmann Verlag GmbH & Co. KG“

Die „Verlagsbuchhandlung Dr. Axmann, Dr. Axmann Verlag GmbH & Co. KG“ in Burg (Kreis Dithmarschen) ist als Nachfolgeunternehmen der „Mediengemeinschaft Nord Verlagsgemeinschafts- und Verlagsauslieferungs GmbH“ (ehemals: „Buchdienst Nord“ – Inhaber: Tim Schatowitz) anzusehen. Die „Mediengemeinschaft Nord“, die im Oktober 2002 Konkurs anmeldete, hatte überwiegend Bücher anderer rechtsextremistischer Verlage im Angebot, vertrieb aber auch Bücher aus eigener Produktion. Inhaltlich umfasste das Angebot insbesondere revisionistische Darstellungen mit unkritischen bis verklärenden Darstellungen des Dritten Reiches und seiner Protagonisten. In einem Kundenschreiben (2003) der „Verlagsbuchhandlung Dr. Axmann, Dr. Axmann Verlag GmbH & Co. KG“ bietet Tim Schatowitz einen Nachdruck der 1942 erschienenen antisemitischen Schrift „Die großen Unbekannten der amerikanischen Weltpolitik, Band I, Die Freimaurerei im Banne des Judentums“ von Walter Freund an.

„Versandbuchhandlung Gisela Stiller“

Die „Versandbuchhandlung Gisela Stiller“ in Stafstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde) beschränkt sich fast ausschließlich auf den Vertrieb von Publikationen des „Verlages Hohe Warte“ und hier schwerpunktmäßig auf die Halbmonatszeitschrift „Mensch und Maß“. In der Zeitschrift wird durch wechselnde Autoren das antiparlamentarische und rassistische, insbesondere antisemitisch geprägte Gedankengut der Mathilde Ludendorff verbreitet. Der auf diesem Gedankengut gründende „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.“ ist 2003 in Schleswig-Holstein nicht erkennbar aktiv gewesen.

„Spirit Wake, Versandbuchhandlung und Antiquariat“

Seit dem 1. Juli 2002 gibt es in Bad Segeberg einen Buchversand namens „Spirit Wake“, der seine Produkte über das Internet vertreibt. Angeboten wird dort neben Büchern zum Thema „Esoterik“ überwiegend Literatur mit Bezug zum historischen

Nationalsozialismus, unter anderem vom NS-Rasse-Ideologen H. F. K. Günther. Die Internet-Seite enthält auch ein Leserforum.

4.2 Internet

Das Internet wird von der rechtsextremistischen Szene als schnelles, einfach zu handhabendes Medium mit allen seinen Möglichkeiten genutzt. Nicht zuletzt Sperren rechtsextremistischer Internet-Seiten wegen strafbarer Inhalte dürften zwar zu dem auch für 2003 feststellbaren Rückgang der Gesamtzahl der betriebenen Seiten geführt haben, doch hat die Szene inzwischen reagiert. Entweder wird zunehmend auf strafrechtsrelevante Inhalte verzichtet oder auf solche ausländischen Speicherplätze zurückgegriffen, die nach dort geltenden Gesetzen die Verbreitung derartiger Inhalte weitgehend zulassen.

Die angebotenen Inhalte sind vielfältig. Szene-Nachrichten einschließlich Terminübersichten, Propaganda, Kampagnen- und Demonstrations-Aufrufe sind genauso zu finden wie Foren, Chats, MP3-Musik und kommerzielle Seiten zum Vertrieb von szenetypischen Devotionalien, Schriften, CDs, Videos und DVDs.

Trotz dieser Vielfalt hat auch dieses Medium seine Grenzen. Schon aus finanziellen Gründen sind längst nicht alle Anhänger der Szene in der Lage, das Internet zu verwenden. Print- und herkömmliche Kommunikationsmedien werden daher weiter genutzt. Für kurzfristige Terminabsprachen, Konzertankündigungen sowie für den schnellen Kontakt kommen dem Handy und der SMS eine größere Bedeutung zu.

In Schleswig-Holstein spiegelt die Internet-Präsenz die rechtsextremistische Szene recht gut wider. Neben den Seiten einzelner Szene-Aktivisten und den Regionalseiten rechtsextremistischer Parteien ist weiterhin eine Zentralisierungstendenz im Angebot neo-nationalsozialistischer Betreiber festzustellen. Auf szenebekanntesten Seiten werden Informationen aus den verschiedenen Regionen des Landes zusammengeführt. Gleichzeitig wird versucht, die Vernetzung verschiedener Gruppierungen und ihrer Aktivitäten zu steuern. Besondere Bedeutung kommt dabei der Seite des „Aktionsbüro Norddeutschland“ zu. Es handelt sich hierbei um ein so genanntes Projekt des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“, das im Internet un-

ter dem Namen „widerstandnord“ firmiert. Auf der „Widerstand“-Seite finden sich Unterseiten zu den Stichworten Termine, Presse, Dokumentationen, Kampagnen und Einsatzberichte. Flugblätter werden zum Herunterladen genauso angeboten wie ein „Leitfaden für Aktivisten“. Die norddeutsche Seite deckt dabei auch den schleswig-holsteinischen „Bedarf“ so umfassend ab, dass im Berichtsjahr eigene Angebote schleswig-holsteinischer „Kameradschaften“ lediglich zu einzelnen Aktionen zu finden waren.

Auch in Schleswig-Holstein nutzen darüber hinaus Rechtsextremisten das gesamte deutschsprachige Angebot der Szene, das inzwischen die vollständige Bandbreite rechtsextremistischer Positionen enthält. Die weitgehend anonymisiert und relativ risikolos mögliche Bewegung im Internet vermag bei Szene-Angehörigen auf diese Weise ein „virtuelles“ Zusammengehörigkeitsgefühl zu wecken, das der gesellschaftlichen Isolation der Szene entgegenwirkt.

**5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen
und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und
Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2001 bis 2003 ***

	2001	2002	2003
NPD/JN	150	130	130
DVU	600	500	450
„Die Republikaner“	100	100	60
Sonstige			
• nicht neo-nationalsozialistische Rechtsextremisten	50	60	50
• überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	80	70	90
Gewaltbereite, insbesondere Skinheads	470	550	600
Gesamt Land	1.450	1.410	1.380
Gesamt Bund	49.700	45.000	41.500

* Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

III. Linksextremismus

1 Überblick

Der dogmatisch geprägte Linksextremismus, insbesondere repräsentiert durch die „Deutsche Kommunistische Partei“, hat zwar seine Anhängerzahl gehalten (500), hat aber weiter an Einfluss im linksextremistischen Spektrum verloren.

Die grundsätzlich gewaltbereite autonome Szene agiert weitgehend selbständig. Für sie ist Gewalt legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung, über dessen Einsatz „autonom“ je nach Anlass und Lage entschieden wird. Die Zahl ihrer Anhänger ist geringfügig von 360 auf 340 zurückgegangen.

Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak war in den ersten Monaten des Jahres ein herausragendes Thema für das linksextremistische Lager. Bereits vor Beginn des Krieges beteiligten sich Linksextremisten am Protest in einer Vielzahl von Kundgebungen, Demonstrationen und Mahnwachen, die ganz überwiegend friedlich verliefen. Mit Beendigung des Irak-Krieges Ende April schob sich dagegen die Einflussnahme auf die Diskussion um soziale Reformen (Stichwort „Agenda 2010“) schnell in den Vordergrund. Bundesweit gab es etliche Anschläge auf Arbeitsämter mit erheblichen Sachschäden, so auch in Kiel.

Im so genannten Anti-Faschismus-Kampf war deutlicher als in den Vorjahren die Bereitschaft zur Begehung von Straftaten zu erkennen.

Innerhalb der Anti-Globalisierungs-Bewegung waren Linksextremisten national und international nach wie vor vertreten. Gewaltexzesse militanter Globalisierungs-Gegner im Ausmaß früherer Jahre gab es am Rande internationaler Gipfeltreffen hingegen 2003 nicht. Im Hinblick auf die geografische Ferne sämtlicher Gipfelveranstaltungen waren hier Aktivitäten schleswig-holsteinischer Linksextremisten kaum zu verzeichnen.

Ein aktuelles Betätigungsfeld hat sich mit der drohenden Schließung alternativer/autonomer Zentren in Lübeck und Kiel aufgetan. Aktivitäten zum Erhalt der Zentren wurden maßgeblich durch Linksextremisten organisiert und gesteuert, wenn-

gleich sich die Unterstützer-Szenen insgesamt aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen – oft demokratischen – Gruppierungen gebildet haben. Um diese Allianzen nicht zu gefährden, wurde teilweise bewusst auf militante Aktionen verzichtet.

Innerhalb der autonomen Szene haben sich bundesweit vereinzelt militante Strukturen verfestigt. Zu nennen sind insbesondere die „militante gruppe (mg)“, die ganz überwiegend im Großraum Berlin/Brandenburg agiert, sowie die „Autonome Zelle ‚in Gedenken an Ulrike Meinhof‘“, die in den letzten Jahren eine Vielzahl von Anschlägen mit Sachschäden im Norden Hamburgs und im angrenzenden Schleswig-Holstein verübt hat. Eine Beteiligung schleswig-holsteinischer Gruppierungen an der so genannten Militanz-Debatte in der bundesweiten Szene, vorangetrieben insbesondere durch die „militante gruppe (mg)“, konnte weiterhin nicht festgestellt werden.

Im Jahr 2003 sind für Schleswig-Holstein 194 Straftaten (davon 45 Gewalttaten) im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität registriert worden. Die Gesamtzahl dieser Straftaten ist somit gegenüber 2002 (126) um gut ein Drittel gestiegen, während die Anzahl der Gewalttaten gegenüber 2002 (44) fast gleich geblieben ist. Dabei bestand der überwiegende Teil der Gewalttaten – wie im Vorjahr – aus Körperverletzungen gegenüber Rechtsextremisten oder vermeintlichen Rechtsextremisten sowie Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte. Die Steigerung bei den „einfachen Straftaten“ ist vornehmlich auf die erhebliche Zunahme von Sachbeschädigungen gegen das Eigentum von Rechtsextremisten zurückzuführen.

2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

2.1 Autonom-anarchistische Szene

2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

Die autonome Szene präsentierte sich bundesweit wiederum als Konglomerat mehr oder weniger eigenständiger Zusammenhänge; sie verfügt über kein einheitliches ideologisches Konzept. Autonome propagieren den Widerstand gegen Autoritäten und die Missachtung von Normen. Den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten bilden diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente, durchweg ge-

prägt von diversen „Anti-Einstellungen“ („antifaschistisch“, „antikapitalistisch“, „anti-patriarchal“).

Bei der Mobilisierungsbereitschaft war in der zweiten Jahreshälfte im autonomen Lager eine gewisse Belebung im Vergleich zu den Vorjahren festzustellen. Die Ursache hierfür lag in dem Szene-Bezug der in der politischen Landschaft insgesamt breit diskutierten Thematik „Sozialabbau“.

Der im Jahr 2002 im übrigen Bundesgebiet registrierte Rückgang der Zahl der dem militant-autonomen Spektrum zuzurechnenden Personen (2001: rund 6.000; 2002: rund 5.000) hat sich nicht weiter fortgesetzt. Ende 2003 gab es in Deutschland rund 5.000 Autonome. Abgänge konnten offensichtlich wieder ausgeglichen werden.

Mit einem Jahr Verzögerung ging entsprechend dem Bundestrend die Anzahl gewaltbereiter Autonome auch in Schleswig-Holstein leicht zurück. Der Szene gehörten im Jahr 2003 mit rund 340 Personen etwa 5 % weniger an als in den Jahren zuvor. 2002 hatte eine breite aktuelle Themenvielfalt gerade in Schleswig-Holstein einen überdurchschnittlich hohen mobilisierenden Effekt gehabt und dadurch einen Rückgang aufgehalten.

Die örtlichen Schwerpunkte der autonomen Bewegung liegen im Wesentlichen in den großen Städten. Dies gilt uneingeschränkt weiterhin für Kiel, auch für die durch interne Debatten mit sich selbst beschäftigte Szene in Flensburg und mit Abstrichen für das Hamburger Randgebiet sowie Neumünster. Lübeck hat demgegenüber an Bedeutung verloren.

2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt

Autonome haben sich nicht durch Statuten, Programme oder Strategiepapiere – wie beispielsweise Parteien oder andere Organisationen – selbst gebunden. Dementsprechend können sie mit der ihnen eigenen Spontaneität Konfliktfelder wechseln und sich vor allem auch in laufende – nicht zwangsläufig allein von Linksextremisten initiierte oder betriebene – Kampagnen einbringen. Dabei werden Gewaltabsichten gerade in Schleswig-Holstein von einem Teil der autonomen Gruppierungen einst-

weilen zurückgestellt, um eine breitere Basis zu erreichen. Ziel dieser Strategie ist dabei die gesellschaftliche „Verankerung“, genau genommen die Akzeptanz praktischer Zusammenarbeit bei der Verfolgung nachvollziehbarer tagespolitischer Themen. Folgerichtig wird insoweit auch auf das gesamte Spektrum nicht gewalttätiger Aktionsformen wie Kultur- und Musikveranstaltungen, Flugblätter, Flyer und Spuckies sowie Lese- und Diskussionsabende und Vortragsveranstaltungen zurückgegriffen.

Dennoch: Autonome zielen wie alle Linksextremisten im Kern auf die Überwindung des „herrschenden Systems“. Sie sind sich grundsätzlich einig, dazu auch Gewalt im Sinne angeblich notwendiger Gegengewalt gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“ einzusetzen, wenn dies Erfolg verspricht.

Wichtigstes Kriterium bei der Wahl von Aktionsformen und Angriffszielen ist die „Vermittelbarkeit“. Daher greifen Autonome bei ihren militanten Aktionen – seien sie spontan oder langfristig konspirativ geplant – häufig aktuelle „Reizthemen“ auf, bei denen sie von einer breiten Akzeptanz bis in Teile der „bürgerlichen“ Gesellschaft ausgehen.

In dem im Sommer im Szene-Verlag „Assoziation A“ erschienenen Buch „Autonome in Bewegung – aus den ersten 23 Jahren“ äußert sich das Autorenkollektiv zum Thema „Militanz“ wie folgt:

„Militanz ist in unseren Augen notwendiger Bestandteil linksradikaler Politik, sowohl im allgemeinen Sinn der konsequenten, kämpferischen Haltung an sich, als auch im engeren Sinn von politischer Gewalt. Dass dies ein höheres Maß an Verantwortung erfordert als das Bilden von Lichterketten, ist selbstverständlich. Doch wer auf die Option der Militanz verzichtet, beraubt sich selbst der Notwendigkeit gegen ein System der Herrschaft, dem allein mit den besseren Argumenten nicht beizukommen ist.“

Eine Verankerung dieses kämpferisch-revolutionären Ansatzes in militanten Kleingruppen ist vereinzelt im Bundesgebiet gelungen, Schleswig-Holstein ist am Rande berührt. Einzelne im Verborgenen wirkende Kleingruppen operieren aus der „Legalität“ heraus. Sie hinterlassen bei ihren auf Sachschäden gerichteten Aktionen kaum auswertbare Spuren und benutzen in der Regel zum Schutz vor Strafverfolgung in

Taterklärungen ständig wechselnde Bezeichnungen („no-name-Militanz“). Einige Gruppierungen operieren allerdings auch unter gleich bleibender Bezeichnung. Für Angehörige beider Kategorien ist Militanz gleichermaßen unverzichtbarer Ausdruck ihrer Gegnerschaft zum „System“ und Bestandteil des eigenen Lebensgefühls.

Unter gleich bleibendem Namen tritt die „militante gruppe (mg)“ seit 2001 mit diversen Anschlägen und Positionspapieren in Erscheinung. Außerdem versuchte sie in letzter Zeit durch „Presseerklärungen“ die von ihr angestoßene „Militanz-Debatte“ zu forcieren. Die ganz überwiegend im Großraum Berlin/Brandenburg agierende „militante gruppe (mg)“ führt ihre Anschläge mehrheitlich vor dem Hintergrund antiimperialistischer und sozialrevolutionärer Zielsetzung durch. Dementsprechend ist auch ein Brandanschlag in der Nacht zum 30. Oktober gegen das Entsorgungsunternehmen Alba in Berlin-Reinickendorf einzuordnen, bei dem an Firmen-Lkw erheblicher Sachschaden verursacht wurde.

Am Tatort hinterlassene Flugblätter wiesen unter anderem die Parolen „Kampf der ALBA-Entlassungs- und Ausbeutungspolitik!“ sowie „Für die soziale Revolution weltweit!“ aus.

In einer nachfolgenden Taterklärung äußerte sich die „militante gruppe (mg)“ wie folgt:

„Mit unserer Aktion solidarisieren wir uns mit dem Kampf der Arbeiter/innen bei Alba und hoffen, dass sie zumindest eine klammheimliche Freude über unsere Aktion empfinden und weiterhin Kraft finden, gegen Alba zu kämpfen. (...)“

Und weiter (Fehler im Original):

„(...) Dieser Angriff richtet mit den arbeitsmarktrechtlichen Konterreformen, Hartz, Agenda 2010, der Rentenreform und der Gesundheitsreform auf die Wiederherstellung des Kapitalismus in seine authentische Form, der Übertragung der darwinistischen Natur auf die menschliche Gesellschaft: Jede und jeder soll auf Kosten der Anderen seine Lebensbedingungen produzieren und optimieren. (...)“

Auch die „Autonome Zelle ‚in Gedenken an Ulrike Meinhof‘“ (AZUM), die in den letzten Jahren eine Vielzahl von Anschlägen – in erster Linie Brandanschläge – im Norden Hamburgs und im angrenzenden Schleswig-Holstein verübt hat, war wiederum

aktiv. So übernahm sie in einem Selbstbeziehungsschreiben die Verantwortung für einen Brandanschlag in der Nacht zum 14. August, der sich gegen eine Mercedes-Benz-Niederlassung in Hamburg-Hummelsbüttel richtete. Als „Begründung“ wurde in der Taterklärung unter anderem ausgeführt, Daimler-Benz sei zum „größten brd-konzern“ aufgestiegen, der innerhalb des Zentralisierungsprozesses eine Vorreiterrolle spiele. Der Konzern setze zunehmend auf Rüstungsproduktion und sei in Europa der zweitgrößte und weltweit siebtgrößte Rüstungskonzern. Er sei mit verantwortlich für weltweit geführte Kriege und für das daraus resultierende Elend, weil er die Logistik und militärischen Mittel liefere.

Die schleswig-holsteinische Szene beteiligte sich weder an der „Militanz-Debatte“ der „militanten gruppe (mg)“ noch gab es Anzeichen für die Bildung fester militanter Strukturen neben der AZUM. Eine latente Gewaltbereitschaft ist jedoch unverändert vorhanden, die vereinzelt auch in schwereren Sachbeschädigungen offenkundig wurde (siehe dazu unter Nr. III 3.2 und 3.6).

2.2 „Rote Hilfe e. V.“

Die „Rote Hilfe e. V.“ versteht sich als Organisation, die Angehörige des linksextremistischen Spektrums politisch und finanziell, z. B. durch Prozesskostenhilfe, unterstützt. Zur Zielgruppe der „Roten Hilfe“ gehören nach ihrem Selbstverständnis als strömungsübergreifende und parteiunabhängige Bündnisorganisation alle, „die als Linke wegen ihres politischen Handelns (...) ihren Arbeitsplatz verlieren, vor Gericht gestellt, verurteilt werden. (...) Die Unterstützung (...) soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der Bewegung sein (...)“ und damit zum „Weiterkämpfen“ ermutigen.

Bundesweit gehören der „Roten Hilfe“ rund 4.500 Mitglieder aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum an. Der Verein gliedert sich in über 40 Ortsgruppen und verfügt über einen gut funktionierenden Informations- und Kommunikationsapparat mit engen Kontakten in die gesamte „linke“ Szene. Publikationsorgan ist die Zeitschrift „Die Rote Hilfe“.

In Schleswig-Holstein gibt es rund 200 Mitglieder der „Roten Hilfe“. Von den Ortsgruppen in Kiel und Lübeck gingen im Berichtsjahr nur geringe öffentliche Aktivitäten aus.

2.3 Dogmatischer Linksextremismus

Neben den autonom-anarchistischen Linksextremisten verfolgen weiterhin auch marxistisch-leninistische und trotzkistische Gruppierungen und Parteien das Ziel, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Nach wie vor propagieren diese dogmatischen Parteien und Gruppen den Klassenkampf zur revolutionären Überwindung des „Systems“. Ihre Bedeutung in der linksextremistischen Szene wird jedoch von Jahr zu Jahr geringer. In Schleswig-Holstein werden noch 500 Personen dem Spektrum des dogmatischen Linksextremismus zugerechnet.

Landesweit gehören rund 200 Personen der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) an. Im Berichtsjahr unterstützten Mitglieder dieser Partei mit den von ihnen gegründeten „Friedensgruppen“ als Versuch der Wiederbelebung der Friedensbewegung Protestaktionen autonomer Gruppen, der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) oder „Attac Deutschland“ gegen den Krieg im Irak. Vereinzelt wurden darüber hinaus auch örtlich kommunalpolitische Themen aufgegriffen, ohne dass damit verbundene Aktionen überregionale Wirkung erzielten. Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Bedeutung der DKP in Schleswig-Holstein weiter abnimmt. Dies zeigte sich insbesondere auch im Vorfeld der Kommunalwahl des Jahres 2003: Der DKP in Schleswig-Holstein war es nicht gelungen, eigene Listen bzw. Bewerber für die Kommunalwahl aufzustellen. In Kiel haben schließlich Mitglieder der DKP auf der PDS-Liste bzw. als Direktkandidaten für die PDS kandidiert und dies, obwohl der Annäherungskurs der DKP an die PDS eigentlich nicht fortgeführt werden sollte.

In Schleswig-Holstein sind immer noch Mitglieder der DKP im Führungsgremium der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) vertreten.

Zu den dogmatischen Splittergruppen im Lande gehört außerdem die maoistisch-stalinistisch orientierte „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD). Ein besonderes Engagement in Schleswig-Holstein war jedoch nicht zu erkennen.

Aus dem ehemaligen „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) ist 1995 die „Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik von unten in und bei der PDS“ hervorgegangen. Auch sie entwickelt in Schleswig-Holstein kaum eigene Aktivitäten.

Mitglieder trotzkistischer Organisationen wie die der „Sozialistischen Alternative VORAN“ (SAV) und der „Sozialistischen Arbeitergruppe“ (SAG) hatten in der Anti-Globalisierungs-Kampagne ihr Betätigungsfeld. Da keine Gipfelveranstaltungen in geografischer Nähe stattfanden, waren in Schleswig-Holstein auch keine besonderen Aktionen zu verzeichnen.

3 Aktionsfelder

3.1 „Anti-Militarismus“

Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak war in den ersten Monaten des Jahres das überragende Thema für das linksextremistische Lager. Sowohl vor dem Krieg als auch während des Krieges beteiligten sich Linksextremisten – auch aus Schleswig-Holstein – an einer Vielzahl von Protestkundgebungen, Demonstrationen und Mahnwachen, die bundesweit ganz überwiegend friedlich verliefen.

Das militante linksextremistische Spektrum hatte hingegen durchaus gewalttätige Aktionen ins Auge gefasst. Darüber gibt der Inhalt eines Flugblattes beispielhaft Aufschluss, das anlässlich einer Störaktion von etwa 30 Personen am 29. Januar vor dem Wohnhaus des Bundesaußenministers in Berlin-Mitte hinterlassen wurde:

„(...) Wir fordern euch dazu auf, nicht länger bei den Debatten über den oder die größten Schurken stehen zu bleiben, sondern die Kriegsmaschinerie der NATO direkt zu behindern. (...)“

Zur Untermauerung dieser Aufforderung listen die Autoren militärische Standorte der Bundeswehr und alliierter Streitkräfte in Deutschland auf und fügen hinzu:

„Spucke auf Uniformen kommt auch gut.“

Abschließend bekräftigen sie:

„Wir rufen euch dazu auf, den Dauer(kriegs)zustand wo ihr könnt zu attackieren, die Nutzung der von den Militärs benötigten Infrastruktur zu stören, euch und andere in Bewegung zu setzen, um die Ruhe an der Heimatfront so in Schall und Rauch aufzulösen, wie es Mördern im Namen der Menschenrechte gebührt. (...) Nachschubwege des Krieges blockieren. Den Dauer(kriegs)zustand brechen.“

In der Nacht zum 17. März verübten unbekannte Täter in Brandenburg, Niedersachsen und Hessen Anschläge mit so genannten Hakenkrallen – bislang eine typische Szene-Aktion im „Anti-Atom-Kampf“ – gegen Strecken der Deutschen Bahn AG. Es kam zu erheblichen Störungen des Zugverkehrs. In der Selbstbezeichnung dazu hieß es:

„Militante Aktionen gegen Transport- und Nachschubwege der britischen und amerikanischen Armee in der BRD halten wir für einen guten Ansatzpunkt einer praktischen Antikriegsmobilisierung.“

In der Nacht zum 10. April gab es vor dem Hintergrund des Irak-Krieges im Raum Hamburg Brandanschläge auf Einrichtungen der Imbiss-Kette McDonald's. In Hamburg-Lokstedt wurde auf dem Gelände einer Filiale ein Werbebus in Brand gesetzt. Das Feuer griff auf einen daneben geparkten Pkw und einen Spielturm für Kinder über und beschädigte diese. In der Nähe des Autobahn-Rastplatzes Holm Moor auf schleswig-holsteinischem Gebiet setzten unbekannte Täter eine an der Autobahn aufgestellte Werbetafel des Unternehmens in Brand. An beiden Tatorten wurden inhaltsgleiche Flugblätter hinterlassen, unter anderem mit der Parole

„Ihre neue Weltordnung bedeutet Krieg Ausbeutung Rassismus unsere Antwort lautet Widerstand.“

Die ideologische Zielsetzung linksextremistischer Anti-Kriegs-Aktivitäten wurde Anfang des Jahres in einem Papier der schleswig-holsteinischen autonomen Gruppierung „Avanti“ recht anschaulich beschrieben:

„Der globalisierte Kapitalismus hat der Welt keinen Wohlstand und keinen Frieden, sondern nur neue Armut, neue Unterdrückung und neue Kriege gebracht. Wer heute den Frieden will, darf deshalb vom Kapitalismus nicht schweigen. (...) Wir wollen an der (Anti-Kriegs-) Bewegung teilnehmen und mit ihr gemeinsam gegen den Krieg kämpfen – und dabei für eine revolutionäre Organisation werben, die sich die Überwindung und Abschaffung des Kapitalismus zum Ziel setzt.“

Gleichwohl gelang es der Szene auch in Schleswig-Holstein nicht, sich in der Masse der überwiegend aus dem demokratischen Spektrum stammenden Kriegsgegner als eigenständige politische Kraft zu profilieren. Folgerichtig wandte sich die Szene nach Ende des Krieges sehr schnell anderen, nunmehr aktuellen Themen der Tagespolitik zu (siehe dazu unter Nr. III 3.6 und 3.7).

3.2 „Anti-Faschismus“

Für Anhänger und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums blieb der „Anti-Faschismus“ weiterhin ein bedeutendes Aktionsfeld, das allerdings aufgrund der aktuellen Themen im Jahr 2003 – zunächst der Irak-Krieg, dann zunehmend der so genannte Sozialabbau – nur nachrangig bearbeitet wurde. Der „antifaschistische Kampf“ von Linksextremisten zielt nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen; er richtet sich letztlich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, in deren „kapitalistischem System“ der Faschismus seine Wurzeln habe. Dennoch spielt für militante Linksextremisten auch der direkte Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten eine entscheidende Rolle. Mehrfach wurden im Berichtsjahr schwerwiegende Sachbeschädigungen am Eigentum von Personen begangen, die die autonome Szene dem rechtsextremistischen Lager zurechnete. Der Schwerpunkt dieser Aktionen lag im Raum Bad Oldesloe/Lübeck. Bei Demonstrationen kam es zu Angriffen gegen Polizisten und gegen demonstrierende Rechtsextremisten.

Am 5. April fand in Neumünster anlässlich der dort gezeigten Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“ eine Demonstration der rechtsextremistischen Szene statt, die Gegendemonstrationen unter Beteiligung des linksextremistischen Spektrums hervorrief. Durch Aktionen von auto-

nomen Kleingruppen geriet der Demonstrationzug zwar zeitweise ins Stocken, konnte aber nicht, wie geplant, verhindert werden. Mehrere Personen wurden durch Steinwürfe leicht verletzt.

Bei einer am 30. August durch das „Bündnis Rechts für Lübeck“ in Lübeck durchgeführten Demonstration unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit schaffen“ kam es zu Gegenaktionen und mehreren Störversuchen durch die regionale linksextremistische Szene. Unter anderem wurde eine Straßenkreuzung kurzfristig besetzt und durch ein Drahtseil abgesperrt, an das sich sechs Personen mit Handschellen anketteten. Ein Zusammentreffen von „rechten“ und „linken“ Demonstrationsteilnehmern konnte die Polizei verhindern.

3.3 „Anti-Rassismus“

Wie der „Anti-Faschismus“ so stellt auch der „Anti-Rassismus“ ein traditionelles Politikfeld von Linksextremisten dar.

Mit einer gewissen Öffentlichkeitswirkung und einigen militanten Aktionen fand in Köln vom 31. Juli bis zum 10. August das „6. Antirassistische Grenzcamp“ statt, an dem auch Linksextremisten aus Schleswig-Holstein teilnahmen. Auf die Ausrichtung dieses gemeinsamen „Grenzcamps“ hatten sich die beteiligten antirassistischen Gruppen und Initiativen erst nach langen Diskussionen geeinigt; im Jahre 2002 wurden wegen inhaltlicher Differenzen drei unterschiedliche „Grenzcamps“ durchgeführt. Standen ursprünglich antirassistische Themen ganz im Vordergrund, verfolgten Teile der Szene im Jahr 2002 das Ziel, die „Grenzcamps“ als Plattform auch für andere linksextremistische Positionen zu nutzen. Diese Entwicklung war in späteren Diskussionen als „Zersplitterung“ der „Grenzcamp“-Bewegung beklagt worden.

Zum „Grenzcamp“ in Köln wurde unter dem Motto aufgerufen:

„Out of control. Für globale Bewegungsfreiheit.
Verwertungslogik und rassistische Ausgrenzung angreifen!“

Ziel des „Grenzcamps“ – so die Verfasser des Aufrufs – sei, der sich nach ökonomischer Verwertungslogik ausrichtenden Migrationspolitik der reichen Industrieländer

samt ihrer ideologischen Wurzeln eine unmissverständliche und offensive Absage zu erteilen. Statt rassistischer Kontrollen und Ausgrenzung müsse das uneingeschränkte Recht auf globale Bewegungsfreiheit gefordert werden. Grundsätzlich sei die Demontage von Herrschaftsverhältnissen insgesamt zu fordern:

„Denn kapitalistische, patriarchale und andere Herrschaftsverhältnisse machen nicht nur das Leben von MigrantInnen und Flüchtlingen immer wieder zur Hölle. Nein sie betreffen alle Menschen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und auf verschiedene Weise. (...) Unser Blickwinkel ist antirassistisch, unser Ziel die revolutionäre Globalisierung – eingebettet in die alltägliche Praxis sozialer und emanzipatorischer Basisbewegungen!“

Der Richtungsstreit innerhalb der „Grenzcamp“-Bewegung scheint nach wie vor nicht beigelegt. Allerdings erkennt die Szene die damit verbundene Lähmung und als Konsequenz die Schwächung der erzielbaren Erfolge.

Im Herbst 2002 hatte es im Vorfeld der Eröffnung der schleswig-holsteinischen Abschiebe-Haftanstalt in Rendsburg eine Reihe von Protestveranstaltungen gegeben, wobei ein überregionaler linksextremistisch dominierter Zusammenhang versuchte, die Akzente zu setzen. Nach seiner Auffassung sei das Asylverfahren eine Kette von Diskriminierungen, an dessen Ende Abschiebehaft und Abschiebung stünden. Gegen diese Form des „staatlichen Rassismus“ wolle man aktiv werden, „denn es geht lediglich darum, die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen zu erhalten“. Ende des Jahres war es dann zu einem Brandanschlag auf das Gebäude gekommen.

Zur Eröffnung der Abschiebe-Haftanstalt im Januar 2003 und im weiteren Jahresverlauf gab es jedoch nur noch Aktivitäten von lokalen Kräften, die zwar linksextremistisch beeinflusst waren, aber keine entsprechende zielführende Linie erkennen ließen.

3.4 „Anti-Globalisierung“

Innerhalb der nach wie vor außerordentlich heterogen zusammengesetzten Anti-Globalisierungs-Bewegung arbeiten Linksextremisten national und international wei-

ter aktiv – zum Teil mit wesentlichem Einfluss – mit. Unter ihnen dominieren inzwischen revolutionär-marxistische Organisationen und Parteien, vor allem orthodox-kommunistischer oder trotzkistischer Ausrichtung, sowie von ihnen beeinflusste Vorfeld-Organisationen. Die Aktivitäten spontan organisierter Netzwerke sowie autonomer Zusammenschlüsse waren eher rückläufig.

Gewaltexzesse militanter linksextremistischer Globalisierungs-Gegner am Rande internationaler Gipfelveranstaltungen gab es 2003 nicht in größerem Umfang. Die Gründe hierfür liegen zum einen in den von den Sicherheits- und Justizbehörden entwickelten wirksamen Abwehrstrategien gegen reisende linksextremistische Gewalttäter: hohes Maß an polizeilicher Präsenz, Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, temporäre Wiedereinführung von Grenzkontrollen und nachhaltige gerichtliche Verfolgung von Randalierern. Zum anderen wurde selbst in Teilen des autonomen Lagers Kritik an „hirnloser Militanz“ geäußert.

Die schleswig-holsteinische linksextremistische Szene war noch im Dezember 2002 an den Protesten gegen den EU-Gipfel in Kopenhagen (Dänemark) maßgeblich beteiligt. Die vielfältigen Kontakte von Autonomen des Landes zu Gleichgesinnten der dänischen Hauptstadt spielten dabei eine besondere Rolle. 2003 gab es derartige Veranstaltungen in der geografischen Nähe zu Schleswig-Holstein nicht, so dass kein Anreiz für das hiesige linksextremistische Spektrum bestand, sich in besonderer Weise im Politikfeld „Anti-Globalisierung“ zu engagieren.

3.5 „Anti-Atomkraft“

Linksextremisten verstehen ihren Widerstand gegen die Nutzung von Kernenergie als „Teil des Kampfes gegen das bestehende System“. Zwar wird die Zielrichtung in der Öffentlichkeit nicht immer deutlich, da sie aus taktischen Gründen, das heißt um Bündnisse mit Nicht-Extremisten nicht zu gefährden, zuweilen ihre eigentlichen Absichten verschleiern. Klar formuliert wurde hingegen am Ende eines Aufrufs im Internet („www.stromwechsel-jetzt.de“) vor dem Hintergrund des 17. Tschernobyl-Jahrestages (26. April):

„(...) Für die sofortige Stilllegung der herrschenden Klasse!
Regierung stürzen!“

Das Themenfeld „Anti-Atomkraft“ hatte in 2003 für das gesamte linksextremistische Spektrum – ähnlich wie im Vorjahr – einen vergleichsweise geringen Stellenwert. Einen Schwerpunkt bildete die Beteiligung am Protest gegen den Castor-Transport von der Wiederaufbereitungsanlage La Hague (Frankreich) in das Brennelemente-Zwischenlager Gorleben (Niedersachsen) vom 9. bis 12. November. Etwa 250 bis 300 Aktivisten aus dem linksextremistischen Spektrum mischten sich unter die rund 4.500 Protestierenden bundesweit. Wie im Vorjahr gab es im zeitlichen Zusammenhang mit dem Atommülltransport nach Gorleben wiederum eine Reihe von Straftaten insbesondere gegen Einrichtungen der Deutschen Bahn AG, so das Inbrandsetzen eines Schachtes mit Bahnsteuerungskabeln und Datenleitungen an der Strecke Hamburg – Berlin. Hierdurch entstand ein Sachschaden in Höhe von rund 1 Million Euro.

In Schleswig-Holstein hat das Thema „Kernenergie“ für den größten Teil der linksextremistischen Szene kaum noch eine Bedeutung. Als Mobilisierungsfaktor spielte es im Berichtsjahr keine nennenswerte Rolle.

3.6 Kampagne gegen Kürzungen im Sozialleistungsbereich

Bei Protestveranstaltungen gegen Kürzungen im Sozialleistungsbereich versuchten Linksextremisten, Einfluss zu nehmen und ihre Positionen einzubringen. In einem Aufruf zum „sozialrevolutionären Block“ einer Großdemonstration gegen „Sozialabbau“ am 1. November in Berlin hieß es:

„(...) Die einzige Perspektive, um ein schönes Leben zu haben – und zwar weltweit in Solidarität mit den Menschen aus allen Ländern – ist die kommunistische Weltgemeinschaft. Diese lässt sich natürlich nur gegen die Interessen des Kapitals und gegen dessen Herrschaftsapparat – den bürgerlichen Staat – durchsetzen. Wenn wir uns nicht länger mit kapitalistischer Sachzwanglogik und faulen Kompromissen abspeisen lassen wollen, müssen wir uns auf revolutionärer Grundlage in kommunistischen Gruppen organisieren. Die Proteste gegen Sozialkahlschlag und Klassenkämpfe in allen Bereichen der Gesellschaft müssen weltweit zugespitzt werden! Sie müssen der Anfang vom Ende für das Kapital und der Beginn einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft sein!

Die Vereinzelung überwinden!

Den Staat zerschlagen und die Produktionsmittel aneignen!

Für die Dekonstruktion von Geschlecht, Rasse und Nation!

Für die Selbstaufhebung des Proletariats, her mit dem schönen Leben!

Für den Kommunismus!“

Bundesweit gab es etliche Anschläge auf Arbeitsämter, die ganz überwiegend der militanten autonomen Szene zuzurechnen sein dürften. Erheblicher Sachschaden (rund 500.000 Euro) entstand als Folge eines Brandanschlages in der Nacht zum 24. November auf das Arbeitsamt in Hildesheim (Niedersachsen), bei dem durch Rauchniederschläge mehrere Räume beschädigt wurden. In der Nähe des Tatortes war eine mit „autonom bestimmte maßnahme (abm)“ unterzeichnete Taterklärung abgelegt worden.

Am Arbeitsamt in Kiel gab es bereits am 25. Mai eine Sachbeschädigung mit etwa 7.000 Euro Schaden. Zwölf Fensterscheiben wurden mit faustgroßen Feldsteinen durch unbekannte Täter eingeworfen. In der Taterklärung dazu – abgedruckt im bundesweit erscheinenden autonomen Szene-Blatt „INTERIM“ (Nr. 574 vom 12. Juni) – hieß es unter anderem:

„(...) die zukunft der arbeit im kapitalismus heißt verschärfte konkurrenz, arbeitslosigkeit, rezession und, agenda 2010 sei dank (...) arbeitsämter angreifen
die regierung stürzen
schweinesysteme zerkloppen (...)“

Eine vordergründige kooperative Linie verfolgte die linksextremistische schleswig-holsteinische Gruppierung „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ in diesem Politik-

feld. Wie sie in ihrem Grundsatzpapier von 1999 ausführte, sucht sie den Erfolg über die so genannte gesellschaftliche Verankerung. Gemeint ist damit die aktive Mitarbeit in verschiedenen sozialen Bewegungen, um durch „gemeinsame Erfahrungen in politischen Kampagnen und Kämpfen“ die „Einbettung von Avanti in ein Netzwerk von Bündnissen (...) mit anderen linken (nicht unbedingt revolutionären) Organisationen“ zu erreichen. Eine besondere Bedeutung wird dabei der „Aufhebung der Spaltung zwischen der eher autonom geprägten radikalen Linken und der ArbeiterInnenbewegung“ beigemessen.

Dies erklärt die wiederkehrenden Bestrebungen, mit Gewerkschaften zusammenarbeiten zu wollen. Konsequenterweise hat sich „Avanti“ zum 1. Mai an den gewerkschaftlichen Mai-Kundgebungen mit einem eigenen Positionspapier beteiligt, das die gewerkschaftliche Kritik aufgreift und mit der Forderung verknüpft, dass man den kritisierten Entwicklungen „nur auf der Basis einer lokal verankerten sozialen Gegenmacht“ begegnen könne, an der unter anderem auch die Gewerkschaften beteiligt sein müssten. Im Grundsatzpapier liest man, was das heißen soll:

„Um uns gesellschaftlich zu verankern, müssen wir eine Öffentlichkeitsarbeit entwickeln, die revolutionäre Zielsetzungen mit nachvollziehbaren und erreichbaren Tagesforderungen verbindet.“

Dies habe „Bedeutung (...) im Prozess der Schaffung von gesellschaftlicher Gegenmacht“. Aus einer ausreichend starken Gegenmacht heraus soll sich schließlich die Revolution entwickeln, die nach den Vorstellungen von „Avanti“ jedoch zu einer Gesellschaftsform führen soll, die mit nicht zur Disposition stehenden freiheitlichen Verfassungsgrundsätzen kollidiert. Der politische Ertrag dieser Strategie dürfte gering sein. „Avanti“ erhält jedoch eine gewisse Bedeutung im linksextremistischen Spektrum dadurch, dass die Gruppierung eine Ideologie auf marxistisch-revolutionärer Basis in die vielfach eher aktionistisch ausgerichtete autonome Szene hineinträgt und diese Szene für politische Aktionen nutzt oder sie in diese einbindet.

3.7 „Kampf“ um alternative/autonome Zentren

Seit den 1980er-Jahren haben sich bundesweit – insbesondere in den größeren Städten – meist unter Tolerierung der örtlichen kommunalen Träger selbst verwaltete

Einrichtungen gebildet, in denen überwiegend Jugendliche Freiräume suchen, um ihre eigenen Vorstellungen von Kultur und Politik zu entwickeln und danach zu leben. Linksextremisten des autonomen Spektrums gehören mehr oder weniger dazu und versuchen, Einfluss zu nehmen oder Räumlichkeiten für eigene Zwecke zu nutzen. Zu Konflikten mit zum Teil schweren Ausschreitungen kam es immer dann, wenn die Träger der Einrichtungen z. B. zur Einhaltung gewisser Standards ermahnten oder wenn gar die Auflösung eines der Objekte zur Diskussion stand. Das letzte bedeutende für Schleswig-Holstein vor diesem Hintergrund zu nennende Ereignis war 1993 der Abriss des Szene-Treffs „Merhaba“ in Kiel. Damals kam es unter anderem zu Gewalttätigkeiten gegenüber Polizeibeamten.

Bundesweit erlangte in jüngerer Zeit die Räumung der Bauwagen-Siedlung „Bambule“ in Hamburg (November 2001) große öffentliche Aufmerksamkeit. Unter Beteiligung linksextremistischer Kräfte – auch aus Schleswig-Holstein – ist es in diesem Zusammenhang auch im Berichtsjahr mehrfach zu militanten Protestaktionen gekommen, die zu einem Zusammenrücken der norddeutschen linksextremistischen Szene führten. Ein in den Vorjahren nicht mehr feststellbares Mobilisierungspotenzial war die Folge. Die bei den Veranstaltungen gezeigte Solidarität gewaltbereiter Extremisten aus den Nachbarländern, insbesondere auch aus Schleswig-Holstein, könnte bei den sich für das Jahr 2004 hier zu erwartenden Auseinandersetzungen um alternative/autonome Zentren entsprechende Erwidern finden.

In Schleswig-Holstein entwickelten sich im Berichtsjahr Konflikte um die Lübecker „alternative“ und die Kieler „Alte Meierei“. Seit dem Beschluss der Lübecker Bürgerschaft vom 24. April, den Mietvertrag mit dem selbst verwalteten Jugend- und Kulturzentrum „alternative“ (der so genannten walli), das als zentraler Treffpunkt für linksalternative, aber auch linksextremistische Personenkreise fungiert, nicht über den Februar 2004 hinaus zu verlängern, ist es zu zahlreichen, fast wöchentlichen Protestveranstaltungen und Aktionen gekommen, die ihren Höhepunkt in einer am 6. Dezember stattgefundenen Großdemonstration fanden, an der rund 1.000 Personen teilnahmen.

Auch das „NutzerInnenplenum“ der „Alten Meierei“ in Kiel reagierte mit Kundgebungen und Demonstrationen auf die drohende Schließung durch die Stadt Kiel. Das

selbst verwaltete Haus, von den Nutzern als „politisches Kommunikations- und Kulturzentrum“ bezeichnet, war durch Konzerte aufgefallen, von denen erhebliche Lärmbelästigungen ausgingen. Auch fehlte nach Ansicht der Stadtverwaltung die erforderliche Schankberechtigung.

Bei den Teilnehmern der diversen Veranstaltungen und Demonstrationen in beiden Städten handelte es sich zu einem großen Teil um Personen, die dem demokratischen Spektrum zuzurechnen sind. Die bis auf einige Aktionen am Rande friedlichen Proteste eintem Nutzer, die ebenfalls nur zum Teil der extremistischen Szene zuzuordnen sind, und sich solidarisierende Bürger, denen es originär um den Erhalt von nicht-kommerziellen Räumen ging. Die festzustellende Teilnahme auswärtiger Linksextremisten war darauf zurückzuführen, dass innerhalb der Solidaritätsstrukturen „Bambule“-Hamburg, „Alte Meierei“-Kiel und „alternative“-Lübeck auch extremistische Vernetzungstendenzen festzustellen sind.

Obwohl es sich bei den an den Protesten beteiligten Linksextremisten zahlenmäßig um eine Minderheit handelte, war ihr Einfluss unverkennbar. So koordinierte und dominierte in Lübeck eine dem autonomen Spektrum zugehörige Person weitgehend die Aktionen zum Erhalt der „alternative“. In Kiel wurden demgegenüber extremistische Positionen auf Flugblättern und Kundgebungsbeiträgen des „NutzerInnenplenums“ verbreitet, die eine die Bewegung prägende Außenwirkung entfalteten. Die Proteste blieben im Berichtsjahr weitgehend friedlich.

4 Agitations- und Kommunikationsmedien

Zwischenzeitlich sind in Schleswig-Holstein fast alle linksextremistischen Organisationen im Internet vertreten. Die ursprüngliche Skepsis gegenüber der neuen Technologie ist einer pragmatischen Nutzung des Mediums gewichen. Dabei dient das Internet nicht nur der sceneinternen Kommunikation, sondern auch als Mittel politischer Agitation. Informationen zu aktuellen Themen, die Veröffentlichung von Terminen und geplanten Aktionen – auch in und aus Schleswig-Holstein – werden darüber hinaus vor allem über die bundesweit agierende Internet-Seite „indymedia.de“ verbreitet. Dieser Internet-Auftritt hat sich inzwischen neben „nadir“, „linkeseite.de“ und „Partisan.net“ zu einem der akzeptiertesten Internet-Portale der Szene entwickelt. Er ver-

steht sich selbst „als ein multimediales Netzwerk unabhängiger und alternativer Medien, MedienmacherInnen, engagierter Einzelpersonen und Gruppen. (...) Bereits bestehende alternative Strukturen sollen dadurch in ihrer Arbeit unterstützt werden.“ Jede Gruppe kann auf „indymedia“-Seiten Aufrufe und Beiträge einstellen. So soll eine „Gegenöffentlichkeit“ geschaffen werden, die sich von den bürgerlichen Medien abgrenzt und „zu emanzipatorischen Veränderungsprozessen“ beitragen soll.

Die Nutzung des Internet hatte Auswirkungen auch auf die Printmedien der Szene. Termine und aktuelle Informationen sind eher auf den Seiten von „indymedia“ oder „linkeseite“ zu finden als in den einschlägigen Druckschriften. Verbreitet sind in Schleswig-Holstein aber nach wie vor die bundesweit erscheinenden Zeitungen, wie „unsere zeit“, „Neues Deutschland“, „Die Rote Hilfe“ und das von Berliner Autonomen erstellte Szene-Blatt „INTERIM“.

Im Land selbst erscheinen die „LinX“, die von Autonomen herausgegebene „Enough is enough!“, diverse Parteipublikationen sowie verschiedene Szene-Blätter.

An der Bedeutung von Vorbereitungstreffen im Vorfeld von Aktionen und der Pflege von persönlichen Kontakten hat sich demgegenüber nichts geändert. Nach wie vor kommt den persönlichen Kontakten in der Szene eine herausragende Bedeutung zu. Absprachen hierzu werden jedoch ebenfalls zunehmend über das Internet getroffen.

**5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen
und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung
im Bundesgebiet 2001 bis 2003**

	2001	2002	2003
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	500	500
Militante Autonome	360	360	340
Gesamt Land	860	860	840
Gesamt Bund	32.900	31.100	31.300

IV. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

1 Überblick

Die anhaltend hohe Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ist im Berichtsjahr durch vier schwere Bombenanschläge am 15. und 20. November in Istanbul (Türkei) grausam verdeutlicht worden. Schon die Vielzahl der Anschläge im arabischen und ostasiatischen Raum (Attentate insbesondere in Marokko, Saudi-Arabien und Indonesien mit zum Teil hohen Opferzahlen) deckt sich mit Erkenntnissen, wonach die Strukturen des islamistischen Terrorismus weiterhin existent und trotz hohen Verfolgungsdrucks handlungsfähig sind. Mehrere über arabische Medien verbreitete Botschaften von „Al-Qaida“-Führungspersonen und die Rezeption dieser Texte durch Akteure des weltweiten islamistischen Terrorismus belegen, dass Osama Bin Ladens Autorität als Urheber und Inspirator des internationalen *Jihad* unangefochten ist. Die Drohungen in den „Al-Qaida“-Botschaften richten sich gegen eine Reihe westlicher, aber auch arabischer Länder, die inzwischen teilweise von Anschlägen betroffen waren. Dies ermöglicht es Bin Laden, „Al Qaida“ unverändert eine zentrale Rolle dahingehend zuzuschreiben, dass die Organisation den *Jihad* vorantreibt und lenkt. Tatsächlich sind die operativen Möglichkeiten der „Al Qaida“ stark beschnitten. Insofern ist die Bedeutung regionaler Netzwerke gestiegen, deren maßgebliche Personen in früheren „Al-Qaida“-Lagern in Afghanistan trainiert worden sind, die dort Kampferfahrung erworben und Kontakte zu anderen *Mudjahedin* begründet haben, die heute die Grundlage internationaler Vernetzungen sind. Einer unmittelbaren operativen Steuerung durch „Al Qaida“ bedarf es somit grundsätzlich nicht mehr.

Auch im Berichtsjahr hat es in Deutschland zahlreiche Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren gegeben, die bestätigt haben, dass islamistische Terrorstrukturen sich in Deutschland herausgebildet haben. In Schleswig-Holstein konnten diese allerdings noch nicht nachgewiesen werden. Die Einschätzung, dass es mindestens Personen mit Kontakten in das militante islamistische Spektrum auch hierzulande gibt, hat sich allerdings erhärtet.

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht-militante islamistische Organisation hat die Führungs- und Orientierungskrise, in die

sie im Jahr 2002 geraten war, noch nicht überwunden. Die Fragen, die sich daran knüpfen, ob die IGMG sich weiterhin als Ableger der Türkei-zentrierten „Milli-Görüs“-Bewegung verstehen oder mehr der daraus abgespaltenen türkischen Regierungspartei AKP mit größerer innerer Autonomie folgen will, betreffen die Grundausrichtung der IGMG. Gleichwohl werden diese Fragen in der Organisation nicht offen diskutiert. Vielmehr spielt sich hinter den Kulissen ein Machtkampf ab, der in die Spaltung der IGMG münden könnte.

In Schleswig-Holstein beschränkt sich der Einfluss der Organisation auf einige ihr nahe stehende Vereine in Kiel, Neumünster, Lübeck, Rendsburg und im Hamburger Umland.

Der „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) hielt auch im Jahr 2003 an seinem 1999 eingeleiteten Friedenskurs fest. Dennoch kam es, auch in Schleswig-Holstein, vereinzelt wieder zu gewalttätigen Aktionen, darunter auch Strafaktionen gegen Abweichler. Erklärtes Ziel der Organisation war es, vom bisherigen einseitigen Gewaltverzicht zu einem zweiseitigen Waffenstillstand mit der Türkei zu gelangen. Wie in der Vergangenheit wurde aber die angebliche Friedfertigkeit der Organisation durch Ultimaten und Drohungen, zum bewaffneten Kampf zurückzukehren, relativiert. Ende Oktober 2003 erklärte der erst im April 2002 gegründete KADEK seine Auflösung. Zeitnah erfolgte die Gründung einer neuen Organisation mit dem Namen „Volkskongress Kurdistans“. Diese weist personell wie inhaltlich deutliche Parallelen zum KADEK auf und stellt daher nach derzeitigem Erkenntnisstand eine weitere Nachfolgeorganisation der 1993 mit einem Betätigungsverbot belegten „Arbeiterpartei Kurdistans“ dar.

Linksextremistische türkische Organisationen wie die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“, die „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ und die „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ haben im Jahr 2003 weiter an Bedeutung verloren. Sie sind in Schleswig-Holstein nur noch mit Einzelmitgliedern vertreten und hier im Berichtsjahr öffentlich so gut wie nicht in Erscheinung getreten.

Die Anzahl der Mitglieder und Anhänger extremistischer und extremistisch beeinflusster Ausländerorganisationen ist im Land mit etwa 1.850 Personen gegenüber

dem Vorjahr annähernd gleich geblieben. Dies entspricht der Entwicklung auf Bundesebene.

2 Islamismus

In demagogischer Absicht verbreiten Islamisten in ihren Publikationen die Behauptung, das Vorgehen des Staates z. B. bei einschlägigen Verbots- und Exekutivmaßnahmen sei gegen die Gemeinschaft aller Muslime oder sogar gegen den Islam als Religion gerichtet. Es werden sogar Parallelen zur Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten hergestellt. Unverändert gilt jedoch die Klarstellung: Der Islamismus ist eine Erscheinungsform des politischen Extremismus, der nur eine kleine Minderheit der in Deutschland lebenden über 3 Millionen Muslime anhängt; nur er unterliegt der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Dabei darf der Fokus nicht auf militante oder gar terroristische Durchsetzungsstrategien verengt werden. Manche islamistische Organisationen lehnen in ihren Verlautbarungen durchaus überzeugend Gewalt ab. Äußerungen zur Gewaltfrage sind allerdings nur ein – durchaus wesentlicher – Teilaspekt. Ausschlaggebend ist jedoch, dass islamistische Vorstellungen nicht nur punktuell mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kollidieren, sondern deren grundsätzliche Beseitigung anstreben. Darüber hinaus ist auch zu bedenken, dass derartige Gruppierungen aus einer Minderheitenposition heraus verbale Zurückhaltung walten lassen. So sind vordergründige Bekenntnisse zu Pluralismus, demokratischen Prozessen und Minderheitenschutz nicht selten, die im Kontext jedoch erkennen lassen, dass sie nur solange gelten, wie man selbst in der Minderheit sich befindet.

Ein besonderes Problem ist die Vielzahl an Publikationen, häufig auch in deutscher Sprache, die eine streng fundamentalistische bis islamistische Position verbreiten und damit Abgrenzung und Konfrontation fördern wollen.

Die Auseinandersetzung mit dem Islamismus ist zu einem wichtigen Thema in den westlichen Gesellschaften geworden. Es geht um den Dialog mit der Religion Islam und um Aufklärung über die politische Ideologie des Islamismus. Ein besonderes Problem dabei ist, dass der organisierte Islam in Deutschland weitgehend isla-

mistisch orientiert ist, aber nur rund 10 % der Muslime und damit nur einen Bruchteil der muslimischen Realität vertritt (Ralph Ghadban, „Reaktionen auf muslimische Zuwanderung in Europa“, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/2003, Seite 31). Er ist aber besonders aktiv, instrumentalisiert häufig Veranstaltungen für seine Ziele, sucht die Darstellung in der Öffentlichkeit und bietet sich als Gesprächspartner an. Es ist deshalb notwendig, den politischen Islam zu erkennen und ihn als solchen zu benennen.

2.1 Wesensmerkmale des Islamismus

Kernpunkte der von Islamisten angestrebten „islamischen Ordnung“ sind

- die absolute Geltung der islamischen Quellen für jedermann als unmittelbare Grundlage der staatlichen Ordnung,
- damit auch die Einheit von Staat und Religion,
- daraus hergeleitet die Auffassung, die gesamte Rechtsordnung sei ein von Gott gegebenes, von Menschen nicht abänderbares System (*Scharia*).

Diese Vorstellungen sind unvereinbar mit wesentlichen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Insbesondere stehen sie im fundamentalen Gegensatz zur Volkssouveränität, zur Gewaltenteilung, zum Rechtsstaatsprinzip, zum Mehrparteiensystem einschließlich der Ausübung der parlamentarischen Opposition, des Minderheitenschutzes und der Menschenrechte.

Eine dominierende Konstante islamistischer Agitation ist ein häufig als Anti-Zionismus oder Kritik an Israel getarnter Anti-Semitismus, der verschwörungstheoretisch aufgeladen die Realitätswahrnehmung umfassend durchdringt. Insofern sind häufig nahtlose Übergänge zu einem anderen charakteristischen Muster feststellbar, nämlich einer zerrbildhaften antiwestlichen Grundhaltung.

2.1.1 Anti-Semitismus

Bei der Auswertung islamistischer Publikationen vom „Milli-Görüs“-Spektrum bis hin zu „Al-Qaida“-Verlautbarungen erweist sich der Anti-Semitismus als verbindende Klammer. Wenn auch der Hass auf Israel, die Juden und ihre vermeintliche Allmacht zumindest in Publikationen, die zur Verbreitung in Deutschland bestimmt sind, nur verklausuliert formuliert wird, so besteht insoweit über alle Unterschiede hinweg in der Dämonisierung des gemeinsamen Hauptfeindes ein einigendes Band. Derartige ideologische Gemeinsamkeiten stellen auch eine Brücke vom nicht Gewalt bejahenden Islamismus zum militanten Spektrum dar, die im Rahmen individueller Radikalisierungsprozesse bedeutsam sein kann. Manche Biografie dürfte diese Entwicklung vom säkularen Muslim über den Islamisten zum *Mudjahedin* widerspiegeln.

Die türkisch-islamistische Tageszeitung „Milli Gazete“ (siehe dazu unter Nr. IV 2.4) bringt in deutlichen Worten zum Ausdruck, dass die vordergründige Kritik am „Zionismus“ eine antisemitische Richtung hat. Das in der Ausgabe vom 15. Januar beschworene Feindbild entspricht dem auch von Extremisten anderer Couleur aufgegriffenen Klischee von der globalen Macht „der Juden“:

„Wir reden hier nicht nur von einem Zionismus Israels mit seinen 4 Millionen Einwohnern, wir reden von einem Zionismus, der seine Ausbeutungsmaschinerie weltweit gespannt hat. Wir sehen aber auch, dass in jeder Ecke der Welt Menschen versuchen, sich aus den Krallen dieser Krake zu befreien.“

Ein typisches Muster ist auch die Projektion der Terrorismusurheberschaft auf die Juden, die Terror zur Durchsetzung ihrer Weltherrschaft inszenierten („Milli Gazete“ vom 10. Dezember):

„Die Zionisten sind weltweit der Kopf des Terrors. Das Ziel der Zionisten ist die Weltherrschaft. (...) Sie können alles anrichten, weil sie die USA in der Hand haben. (...) Sie haben sozusagen damit begonnen, die USA nach ihren Wünschen zu benutzen, indem sie in das Gehirn des Giganten eingedrungen sind.“

Die ebenfalls dem türkisch-islamistischen Spektrum zuzurechnende Tageszeitung „Anadoluda Vakit“ verbindet diese Feindbilder mit einer hetzenden Kampfansage an

Israel, das als Verkörperung des schlechthin „Bösen“ in der Welt dämonisiert wird (Ausgabe vom 16. April):

„Es ist niemand anders als Israel, das Amerika (...) den Schießbefehl gibt. (...) Das wahre Böse (ist) der Staat Israel. Solange dieses Furunkel nicht zum Platzen gebracht ist, wird auch der Schmerz auf dieser Welt nicht aufhören.“

2.1.2 Antiwestliche Zerrbilder

Bereits in dem „Al-Qaida“-typischen Begriffspaar „Juden und Kreuzzügler“ kommt zum Ausdruck, dass der Hass sich auch auf den durch Christentum und Aufklärung geprägten Westen mit seiner Werteordnung und Lebensweise richtet. Immer wieder wird von Islamisten unterstellt, auch insoweit seien es „die Juden“, die im Hintergrund alles – mindestens aber die USA – in der Hand hätten und lenkten. Insofern hat sich das nach den Anschlägen vom 11. September 2001 feststellbare Agitationsmuster, wonach diese und vergleichbare Anschläge von israelischen und/oder US-amerikanischen Geheimdiensten inszeniert worden seien (siehe dazu unter Nr. IV 2.4) und Militäreinsätze westlicher Länder als Vernichtungskrieg gegen den Islam und die Gemeinschaft der Muslime geführt würden, zu einem festen Stereotyp entwickelt. In entsprechender Weise wird der Irak-Krieg kommentiert.

Der „Krieg der Religionen“ wird verbal bereits in islamistischen Hetzschriften forciert. Auffällig ist eine zunehmend feindselige Haltung gegenüber dem christlichen Glauben, von dem behauptet wird, er sei ein Instrument zur Unterwerfung islamischer Länder. Vor dem Hintergrund, dass aus orthodoxer Sicht die Abwendung vom Islam ein todeswürdiges Verbrechen ist, wird z. B. die christliche Minderheit in der Türkei als latente Gefahr für die Integrität des Landes gebrandmarkt und mit Bezug auf eine angebliche Missionstätigkeit behauptet:

„Die Kreuzzügler, die die Muslime seit Tausenden von Jahren durch ihre Schwerter und Gewaltanwendung nicht in die Knie zwingen konnten, haben nun ihre Taktik geändert. Sie nähern sich uns auf ‚friedlichen Wegen‘. Sie wollen die Burg von innen erobern, indem sie unseren Glauben und unsere religiöse Überzeugung zerstören. Das ist die Wahrheit. (...) Gott möge uns helfen.“
(„Anadoluda Vakıt“ vom 5. Juli)

Auf der Linie früherer antisemitischer Ausfälle wird die christliche Minderheit in der Türkei als Fremdkörper mit zersetzendem Einfluss dargestellt, womit zielgerichtet Misstrauen und Ausgrenzung provoziert werden. Ein Beitrag, der durch eine Mischung von Kollektivbeschuldigungen und in die Fäkalsprache abgleitende Beschimpfungen gekennzeichnet ist, befasst sich mit einem missliebigen christlichen Universitätsrektor wie folgt:

„Nein, du bist keiner von uns. Mag sein, dass du hier auf diesem Boden aufgewachsen bist, du bist trotzdem ein fremdes Gewächs. Du hast niemals etwas Gutes hervorgebracht, diesem Land niemals Segen gespendet, (...) sondern ständig Krisen verursacht. In deinem Personalausweis ist zwar ‚Angehöriger der Republik Türkei‘ eingetragen, aber du bist nichts als ein mit Erbrochenem und mit Scheiße gefülltes Klosett. Eines (...) musst du klipp und klar wissen: Du bist wertlos für mich. (...) Pass genau auf, wenn ich den WC-Spülhebel betätige, wirst du wie ein Stück Scheiße in der Kanalisation landen. (...) Ich kenne viele wie dich, die sich zwar durch ihren Namen nicht verraten, jedoch ein Kreuz am Hals tragen und diesem Land ständig ein Klotz am Bein sind. Mir geht’s hier nicht um deinen Ausweis, sondern um deinen Einfluss! Bist du ein Agent oder der Alptraum dieses Landes?“
(„Anadoluda Vakıt“ vom 2. Oktober)

Eine derartige Hasspropaganda vergiftet nicht nur das Zusammenleben mit Minderheiten in den Herkunftsländern der Muslime, sie hat auch Auswirkungen auf die muslimische Diaspora in Deutschland, wo „Anadoluda Vakıt“ insbesondere unter „Milli-Görüs“-Anhängern verbreitet ist. Das dadurch geweckte Misstrauen der Muslime gegenüber der Mehrheitsgesellschaft steht ihrer Integration entgegen. Gefördert werden somit Abschottung und Segregation, die auch den Nährboden für den andauernden Einfluss islamistischer Bestrebungen bilden. Wie sehr Islamisten daran gelegen ist, auch alltägliche positive Kontakte zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu erschweren, zeigt folgende Passage aus einer auch in Schleswig-Holstein verbreiteten

lehrbuchartigen Publikation mit dem Titel „Der deutsche Mufti“. Dort wird ausgeführt (Seite 792):

„Wenn ein Muslim einem Christen oder Juden zu religiösen Festen und dergleichen Glückwünsche ausspricht, gilt dies als Abweichung vom Islam; denn ein solcher Akt zählt zu den verbotenen Handlungen. Es ist so, als ob man ihn für die Verehrung der Kreuzigung beglückwünschte. Dies ist vor Allah verwerflicher und verdammenswerter als Glückwünsche zu Weingenuss, Mord, Unzucht und dergleichen.“

Diese nicht nur abgrenzende, sondern auch andere herabsetzende Textstelle steht für ein Islamverständnis, das nicht durch Toleranz und Bereitschaft zum gleichberechtigten und unvoreingenommenen Dialog geprägt ist. (In einer in Schleswig-Holstein aufgefundenen, in Arabisch und Deutsch gehaltenen Broschüre zur „Wiederbelebung des Islam“ wird Christen, die an ihrem Glauben trotz „Belehrung“ festhalten, sogar der Tod angedroht.)

Die Distanz, die nach diesen Vorstellungen schon im Alltagsleben zur Mehrheitsgesellschaft zu halten ist, verlangt auch nach Symbolen der eigenen Identität. Als ein solches Symbol betrachtet der Islamismus das muslimische Kopftuch.

Das Kopftuch wird zwar aus unterschiedlichen Motiven getragen: weil es der Tradition entspricht (z. B. bei älteren Migrantinnen) oder als bewusster Ausdruck eigener Identität, als äußere Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft im Sinne einer sichtbaren Integrationsverweigerung, als Unterordnung unter familiären oder sozialen Zwang (patriarchale Strukturen), aber eben auch als Ausdruck einer politischen Überzeugung, die auf eine „islamische Ordnung“ der Gesellschaft gerichtet ist.

Historisch hat sich das Kopftuch in den muslimischen Ländern – insbesondere im Zuge der seit dem Ende der Siebzigerjahre zu beobachtenden Tendenzen zur Re-Islamisierung von Staat und Gesellschaft – von einem kulturellen, vorrangig Sitte und Anstand ausdrückenden Kleidungsstück zu einem religiösen Symbol entwickelt. Für die Trägerin gilt es, unabhängig von der Frage, ob eine Verhüllung durch den Koran begründet ist, zweifellos als Ausdruck ihrer Religiosität und Sittsamkeit. Da allerdings islamistische Gruppen – sowohl in den Heimatländern als auch in der Diaspora – bis heute das von ihnen aus den „religiösen Quellen“ abgeleitete Verhüllungsgebot der

Frauen durch die Ausübung von Zwang oder durch Bestimmung des politischen Diskurses durchsetzen, sind das Kopftuch und alle hiermit zusammenhängenden Fragen inzwischen auch von politischen und extremistischen Aspekten nicht mehr zu trennen.

Außerhalb der Staaten, die eine Verhüllung der Frau mit drakonischen Strafen durchsetzen (insbesondere Saudi-Arabien), sind es Islamisten, die die Verhüllung erzwingen wollen. Im Internet beantwortet ein ehemaliger Imam einer Lübecker Moschee die Frage nach dem Kopftuchzwang unter anderem dahingehend, wer diese Pflicht in Abrede stellen wolle, sei kein Muslim mehr, weil er ein „Gebot Gottes“ nicht anerkenne (und somit infolge des Glaubensabfalls sein Leben verwirkt hat). Auch hier findet sich die in patriarchalischer Bevormundung wurzelnde Argumentationslinie, wonach (westlich gekleidete) Frauen „in den Fernseh-Shows, in Geschäften oder Filmen zur Schau gestellt“ würden, während das Kopftuch eine „Befreiung“ von dieser „Art von moderner Sklaverei“ bedeute.

In der öffentlichen Debatte über das Kopftuch wird von islamistischer Seite häufig geltend gemacht, keine Frau solle zum Kopftuchtragen gezwungen werden; Frauen, die dies praktizierten, täten es aus eigener Überzeugung. Die türkisch-islamistische Zeitung „Milli Gazete“ (siehe dazu unter Nr. IV 2.4) lässt jedoch in ihrer Ausgabe vom 3. Juli erkennen, wie wenig die freie Entscheidung der Frauen in dieser Frage respektiert wird. Vielmehr sollen sozialer Druck und politische Propaganda bestehende Vorbehalte überwinden:

„Muslimische Frauen und Mädchen, die sich nicht bedecken, müssen zum Kopftuchtragen ermutigt werden. Man muss es jedoch dahin bringen, dass sie das Kopftuch gerne tragen und keinen Hass dagegen aufbauen. Wir müssen in unserem Land eine qualitativ bessere Propaganda für das Kopftuch führen.“

Wie stark Kopftuchstreit und integrationsfeindliche Argumentation miteinander verknüpft sind, belegt „Anadoluda Vakit“ in der Ausgabe vom 4. Juni. In mehreren Artikeln stellt die Zeitung die muslimische Kopftuchtradition und die angebliche moralische Verkommenheit westlicher Mode einander gegenüber. Darin bestehe „die Kultur des Laizismus und der Moderne“. Das Kopftuch ist nach dieser Auffassung der sicht-

bare Beweis moralischer Integrität. Die Alternative wird in verächtlicher Sprache in die Nähe von Peep-Show und Prostitution gerückt. Es geht somit nicht nur um die Frage nach dem Zwangscharakter des Kopftuchs für muslimische Frauen und Mädchen in westlichen Gesellschaften, sondern auch um die Sichtweise, die hier lebenden Muslimen im Hinblick auf nicht-muslimische Frauen vermittelt wird.

Nicht nur um eine moralische Haltung geht es dabei den Islamisten. Sie lehnen vielmehr die Verfassungsordnung ab, die eine gleichberechtigte und freie Persönlichkeitsentfaltung von Männern und Frauen gebietet, und streben die Durchsetzung ihrer eigenen patriarchalen Ordnung an, wenn die Verhältnisse dies denn zuließen.

2.2 Islamistischer Terrorismus

Die Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus dauert auf hohem Niveau an. Seine Basis hat sich eher noch verbreitert und dabei in kleinteilige Strukturen mit komplexen Verbindungslinien aufgefächert. Schon die Vielzahl der in großen Teilen der Welt verübten Anschläge lässt für die nächste Zeit keine Entschärfung der Situation erwarten.

Bin Laden und seine „Al Qaida“ sind für den islamistischen Terrorismus weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt. Besondere Aufmerksamkeit finden die Tonband- und Video-Botschaften der „Al-Qaida“-Führung, die sich im Berichtsjahr auffällig häuften. Hierfür ursächlich ist zunächst der Irak-Konflikt, in dem Bin Laden gegen den gemeinsamen Feind USA Partei für das von ihm als „gottlos“ verachtete Saddam-Regime ergriff. Typische Elemente dieser Botschaften sind die Verteufelung der Hauptfeinde „Juden und Kreuzzügler“ (Israel und USA einschließlich ihrer Verbündeten), die häufig an die muslimische Jugend gerichteten Aufrufe zum *Jihad* und diffuse Anschlagsdrohungen, die teilweise eine Steigerung gegenüber den verheerenden Attentaten vom 11. September 2001 ankündigen. Das hat – neben anderen Gesichtspunkten – zu der Sorge beigetragen, „Al Qaida“ und mit ihr verflochtene *Mudjahedin*-Netzwerke könnten insbesondere biologische Waffen einsetzen. Immer wieder wird auch die Liste der Zielländer von Attentaten – meist Verbündete der USA im Kampf gegen den Terror – erweitert und konkretisiert; neben westlichen Ländern wie Großbritannien, Australien, Japan, Spanien und Italien werden auch muslimische Länder wie Marok-

ko, Saudi-Arabien und Pakistan genannt, die als vom Islam „Abtrünnige“ bzw. „Lakaien“ der USA beschimpft werden.

Derartige Botschaften dürfen in ihrer Mobilisierungs- und Propagandawirkung keinesfalls unterschätzt werden. Sie lassen aber nicht den Schluss zu, Bin Laden oder „Al Qaida“ seien eine steuernde Zentralstelle des weltweiten islamistischen Terrorismus. Unverändert gilt, dass „Al Qaida“ nach dem Verlust ihrer Basis in Afghanistan sich um eine Restrukturierung bemüht. Die Entfaltungsmöglichkeiten wohl insbesondere im kaum zu kontrollierenden pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet können die Zerstörung ihrer früheren ausgeprägten Infrastruktur mit Ausbildungs- und Trainingslagern einschließlich eingespielter Reisewege der *Mudjahedin* nur unzureichend kompensieren. Hinzu kommt, dass Bin Laden und die verbliebenen Führungspersonen der „Al Qaida“ wegen des hohen Verfolgungsdrucks kaum mobil und operativ handlungsfähig sein dürften. Bin Laden ist somit aktuell eher als – wenn auch eminent bedeutsame – Symbolfigur denn als Anführer des internationalen islamistischen Terrorismus anzusehen. Dies schließt nicht aus, dass „Al-Qaida“-Reststrukturen in die Planungen regionaler Netzwerke einbezogen sind, internationale Kontakte vermitteln, koordinierend tätig sind und in Einzelfällen finanzielle und logistische Hilfe leisten.

Anknüpfungspunkte hierfür bieten viele der in regionalen Netzwerken maßgeblichen Personen, die in der Vergangenheit „Al-Qaida“-Ausbildungslager durchlaufen und unter Umständen insbesondere in Afghanistan Kampferfahrung gesammelt haben. Die in dieser Zeit begründeten Kontakte bestehen offensichtlich fort und ermöglichen es, fast überall verlässliche Ansprechpartner zu finden. Überdies stellt eine derartige Biografie die Grundlage für die Überzeugung dar, sich auch mit autonomen *Mudjahedin*-Gruppen und -Netzwerken in einen Gegen-„Kreuzzug“ einzureihen, dessen weltweite Dimension durch Bin Laden und „Al Qaida“ mediengerecht vermittelt wird. Die Bedeutung solcher Netzwerke ist in jüngster Zeit in Südostasien sichtbar geworden, wo sie über große Entfernungen in Teilen der Philippinen, Malaysias und Indonesiens verankert sind und ihren Aktionsraum in weitere Länder ausgedehnt haben. Bei den schweren Anschlägen in der Türkei im November sollen die maßgeblichen Personen nach Medienberichten ebenfalls biografische „Al-Qaida“-Bezüge aufweisen und grenzüberschreitend agiert haben.

Mit den Anschlägen in der Türkei als jüngstes Beispiel setzt sich eine Tendenz fort, die bereits seit langem zu beobachten ist: das Ausweichen auf „weiche“ Ziele. Auch in diesem Fall sollen ursprünglich Anschläge auf US-Militäreinrichtungen in der Türkei geplant gewesen sein. Da diese Primärziele wegen der evidenten Anschlagsgefahr gut geschützt sind, weichen islamistische Terroristen auf Einrichtungen aus, die nicht ausreichend abgeschirmt werden können und das Feindbild symbolisch repräsentieren. Dabei scheint diese Richtung des Terrorismus stärker als bisherige links- oder rechtsextremistische Varianten, die die Zielauswahl regelmäßig unmittelbarer auf das „System“ ausrichteten, auf eine weit reichende psychologische Wirkung zu setzen. Bereits die Anschläge vom 11. September 2001 wiesen bestimmte Merkmale einer exemplarischen Kombination auf: Angriffsziele hoher Symbolträchtigkeit (World-Trade-Center, Pentagon), hohe Opferzahlen und eine Synchronisierung mehrerer Attentate. Es geht bei diesem, der eigentlichen Wortbedeutung folgendem Terror (lat.: Schrecken) nicht darum, Einrichtungen oder Repräsentanten des vermeintlichen Feindes zu treffen, sondern unter Inkaufnahme unendlichen menschlichen Leids wirtschaftliche Folgeschäden in bisher nicht gekannter Größenordnung herbeizuführen. Der gesamtwirtschaftlich katastrophal sich auswirkende Einbruch bei den Luftfahrtunternehmen und der Luftfahrtindustrie nach dem 11. September 2001 belegt dies ebenso wie die schweren Einbußen im internationalen Tourismus nach dem Anschlag auf Bali im Oktober 2002.

Diese terroristische Strategie der „Al Qaida“ und verwandter Gruppen ist nach Berichten der arabischen Presse vom August von einem aus dem militanten ägyptischen Spektrum stammenden Islamisten in einer Buchveröffentlichung scharf kritisiert worden. Der Autor wirft „Al Qaida“ unter anderem eine verzerrte Realitätswahrnehmung, eine falsche Interpretation des *Jihad* und ungerechtfertigtes, maßloses Blutvergießen vor. Dabei dürfte es sich jedoch um eine Einzelmeinung handeln, die ohne größere Resonanz geblieben ist. Im Internet sind unverändert in großer Zahl Einstellungen mit *Jihad*-Propaganda, Anleitungen zum Bombenbau und Verherrlichung von *Mudjahedin* und Selbstmord-Attentätern zu finden. Im Vorfeld derartiger Propaganda ist weiterhin die Tendenz feststellbar, den islamistischen Terrorismus auf der Linie des Märtyrerkults zu relativieren oder aber vor dem Hintergrund der einschlägigen Feindbilder schlicht zu leugnen. Letzteres prägt die Berichte der türkisch-

sprachigen islamistischen Presse zu den Bombenanschlägen in Istanbul, als deren Urheber amerikanische und israelische Geheimdienste bezeichnet werden.

Die Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren des Jahres 2003 belegen mit großer Deutlichkeit, dass Deutschland nicht nur Ruhe- und Planungsraum islamistischer Terroristen ist, sondern auch selbst zum Zielspektrum zählt. Dies wurde insbesondere in einem beim Oberlandesgericht Düsseldorf anhängigen Strafverfahren deutlich, in dem ein Jordanier im November wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Er hatte zugegeben, in einer von dem *Mudjahedin*-Führer Al Zarqawi gesteuerten Gruppe Sprengstoffanschläge auf jüdische Einrichtungen in Deutschland geplant zu haben. Nach seiner Festnahme hatte er umfangreiche Aussagen zu seiner Ausbildung in Afghanistan, zu „Al Qaida“ und Al Zarqawi gemacht. Gegen andere, nicht geständige Gruppenangehörige wurde ebenfalls Anklage erhoben.

Aufsehen erregte der Prozess gegen vier algerische Angehörige einer terroristischen Zelle in Frankfurt/Main, denen die Planung eines Sprengstoffanschlags auf den Weihnachtsmarkt in Straßburg (Frankreich) im Jahr 2000 zur Last gelegt wurde. Auch diese Personen hatten ihre Ausbildung in Afghanistan sowie Tschetschenien erhalten und standen unter dem Einfluss führender militanter Islamisten in Großbritannien. Die Angeklagten in diesem Verfahren wurden im März zu Freiheitsstrafen zwischen zehn und zwölf Jahren verurteilt. Bereits im Februar war in Hamburg eine Person aus dem Umfeld der Attentäter des 11. September 2001 wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zum Mord in über 3.000 Fällen in erster Instanz zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt worden.

Erwähnenswert ist weiterhin ein Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, das ebenfalls die Gründung einer islamistischen terroristischen Vereinigung zum Gegenstand hat und in dessen Verlauf unter anderem im März die Al-Nur-Moschee in Berlin durchsucht wurde. Bei den Durchsuchungen wurden neben einer Faustfeuerwaffe unter anderem elektronische Bauteile, die für den Bau von Zeitzündern und Sprengfallen geeignet sind, Geräte und Handbücher für den Aufbau von Satellitenverbindungen, Toxikologie-Handbücher sowie ein CD-ROM-Satz „Im Tiefflug über Deutschland inklusive Flugsimulator“ sichergestellt; dafür wirbt der Vertreiber mit

dem Hinweis auf große Detailtreue und der Möglichkeit, sich einzelne Sehenswürdigkeiten anzeigen zu lassen.

Erwartungsgemäß bleibt Schleswig-Holstein nicht unberührt. Die intensiviertere Beobachtung der islamistischen Szene verdichtet neuerdings die Anhaltspunkte dafür, dass auch in Schleswig-Holstein sich nicht nur einzelne Kontaktpersonen militanter Islamisten aufhalten, sondern möglicherweise auch Gruppenstrukturen von Sympathisanten existieren. Die darin eingebundenen Personen weisen typisch erscheinende (Verhaltens-) Merkmale auf. Ob diese allerdings mit einer militant-islamistischen Einstellung zusammenhängen oder aber ausschließlich mit kriminellen Aktivitäten korrespondieren, kann vielfach nur mit großen Schwierigkeiten und unter Vorbehalt aufgeklärt werden.

2.3 Gewaltgeneigte islamistische Organisationen

2.3.1 „Hizb ut-Tahrir“

Die „Hizb ut-Tahrir“ (HuT; „Islamische Befreiungspartei“) ist eine international vernetzte, konspirativ agierende Kaderpartei. Ihr mit militanter Rhetorik verfolgtes Hauptziel ist die Errichtung eines islamischen Staates. In Deutschland ist die HuT mit Wirkung vom 15. Januar mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot mit der Begründung belegt worden, die Organisation richte sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und befürworte Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Im Anschluss an das Verbot wurden Durchsuchungen bei bekannten HuT-Aktivisten durchgeführt; Organisationsstrukturen der HuT in Deutschland sind nicht bekannt. Schleswig-Holstein war von den Exekutivmaßnahmen nicht betroffen. Das deutschsprachige publizistische Sprachrohr der HuT, die durch verbale Militanz, antisemitische Hetze und demokratiefeindliche Agitation gekennzeichnete Zeitschrift „Explizit“, ist seither offensichtlich nicht mehr erschienen; auch ihre deutschsprachigen Internet-Seiten sind nicht mehr aktualisiert worden.

Bemerkenswert sind die Kontakte, die zwischen HuT-Anhängern und Rechtsextremisten entstanden waren. Die Parteizeitung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“, „Deutsche Stimme“, veröffentlichte in der Februar-Ausgabe ein mehr-

seitiges Interview, das kurz vor dem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot mit dem HuT-Repräsentanten Shaker Assem geführt worden war. In dem Interview unter der Überschrift „Palästina von den Zionisten befreien“ bekräftigt Assem, die HuT lehne säkulare Verfassungen ab und wolle die Länder der islamischen Welt zu einem einzigen Staat unter Führung eines Kalifen vereinigen. Eine kriegerische Auseinandersetzung sei dabei mit den USA unausweichlich. Die Muslime, insbesondere ihre Eliten, müssten das Islambewusstsein wieder erlangen. Eine Integration der in westlichen Ländern lebenden Muslime sei sehr kritisch zu sehen, weil dahinter das verborgene Bestreben stehe, den Islam auszuhöhlen.

Das Interview ist ein Beispiel für das auf rechtsextremistischer Seite bestehende Interesse an einem kämpferisch auftretenden, antisemitischen und antiwestlichen Islamismus. Trotz frappierender Übereinstimmungen in manchen Feindbildern gibt es wegen völlig unterschiedlicher Ausgangspositionen und Zielvorstellungen aber keine tragfähige Basis für eine Zusammenarbeit zwischen Islamisten und Rechtsextremisten.

2.3.2 Sonstige gewaltgeneigte islamistische Organisationen

Nach dem Verbot der islamistischen Organisation „Kalifatsstaat“ im Dezember 2001 bemühen sich deren Anhänger, öffentliches Aufsehen – anders als in früheren Jahren – zu vermeiden. Dennoch gibt es viele Anhaltspunkte dafür, dass die Vereinigung fortgeführt wird, unter anderem durch publizistische Aktivitäten vermutlich aus dem europäischen Ausland. Unverändert erscheint die deutschsprachige Zeitschrift „Der Islam als Alternative“, die dem „Kalifatsstaat“ zuzurechnen ist. In ihren demokratiefeindlichen Positionen und antisemitischen Andeutungen offenbart die Publikation auch aktuell ihre islamistische Ausrichtung, verzichtet allerdings auf Zuspitzungen. Diese Zurückhaltung steht im Zusammenhang mit der Situation des selbst ernannten Kalifen Metin Kaplan, dem nach der Verbüßung einer wegen seiner öffentlichen Aufforderung zur Tötung eines Konkurrenten verhängten Haftstrafe die Abschiebung in die Türkei droht. Wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Vereinsverbot sind auch im Berichtsjahr Exekutivmaßnahmen durchgeführt worden, von denen Schleswig-Holstein am Rande betroffen war.

Andere militante islamistische Organisationen, die über eine quantitativ erwähnenswerte Anhängerschaft in der Bundesrepublik verfügen, sind nahöstlicher und nordafrikanischer Herkunft. Es handelt sich dabei um die im Libanon beheimatete „Hizb Allah“ („Partei Gottes“) mit unverändert rund 800 Anhängern bundesweit, die palästinensische HAMAS (etwa 300 Anhänger) sowie die algerischen Organisationen „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA) und „Salafiyya Gruppe für die Mission und den Kampf“ (GSPC) mit deutlich unter 100 Anhängern im Bundesgebiet. Es sind keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, dass diese Organisationen ihren Kurs geändert haben, sich in Deutschland weitgehend zurückzuhalten, um ihren Rückzugs- und Ruheraum nicht in Frage zu stellen. Diese beispielhaft genannten Organisationen sind in Schleswig-Holstein nur mit wenigen Einzelmitgliedern vertreten, die nach vorliegenden Erkenntnissen geringe Aktivitäten entfalten.

2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht-militante islamistische Organisation

Trotz der weiterhin äußerst unsicheren Zukunftsperspektiven der türkisch-islamistischen IGMG, die im Spannungsfeld zwischen den traditionellen islamistischen und den neueren, sich gemäßigt islamisch-konservativ darstellenden Kräften in der Türkei noch immer keine eindeutige Orientierung gefunden hat, bleibt die Organisation für das deutsche islamistische Spektrum bedeutsam. Dies ergibt sich bereits aus ihrer Mitgliederzahl, die sich bei etwa 26.500 stabilisiert haben dürfte. Die zwischenzeitlichen Abwanderungstendenzen haben die frühere IGMG-Eigenangabe von 210.000 Mitgliedern offensichtlich so unglaubwürdig gemacht, dass die Organisation im Internet inzwischen nach Mitgliedschaft und Gemeindegröße differenziert und dabei noch immer eine weit überhöhte Zahl von rund 87.000 Mitgliedern sowie 230.000 Gemeindeangehörigen nennt.

Die Größe und Finanzkraft der IGMG ließen die Organisation in der Vergangenheit zu einer wichtigen Hilfstruppe für das von dem früheren türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan geführte islamistische Lager werden. Diese Indienstnahme überdauerte mehrere Verbote der von Erbakan geführten Parteien durch das türkische Verfassungsgericht; sie rief Konflikte innerhalb der IGMG erst hervor, nachdem Erbakan-Abtrünnige Mitte 2001 die gemäßigte Partei „Adalet ve Kalkinma Partisi“

(AKP) gegründet und mit ihrem triumphalen Sieg bei den türkischen Parlamentswahlen im November 2002 die Partei der Erbakan-Anhänger in die Bedeutungslosigkeit gestoßen hatten. Der Umbruch in der türkischen Parteienlandschaft erschütterte auch die IGMG; das darin liegende Konfliktpotenzial verhindert jedoch eine offene Diskussion um den künftigen Kurs. Die IGMG-Führung kann es offensichtlich unverändert nicht wagen, ihre feste Verbindung zu der von Erbakan geführten „Milli-Görüs“-Bewegung und damit den dominierenden Türkei-Bezug zur Disposition zu stellen.

Der als „Führer“ verehrte Erbakan ist der ideologische Übervater der IGMG. Ausgangspunkt der Ideologie der „Milli-Görüs“-Bewegung ist der scharfe Gegensatz von religiös und säkular begründeten Ordnungen, wie Erbakan dies Anfang der Neunzigerjahre in seinem Werk „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“) formuliert hat. Demnach ringen von Anbeginn zwei Zivilisationen miteinander um die Vorherrschaft, von denen eine auf den Offenbarungen beruht, die die Propheten von Gott erhalten haben, während die andere auf Stärke und Gewalt gegründet ist. Während die ethisch-religiös fundierte Ordnung eine umfassende Gerechtigkeit hervorbringt, leben die Menschen in der „Zivilisation der Stärke“ nach eigenen Regeln und Gesetzen mit der Folge von Unrecht, Ausbeutung und Unterdrückung. Als aktuelle Erscheinungsform einer solchen Zivilisation nennt Erbakan „den Westen“; ihr Merkmal sei die Demokratie. Diese Zivilisation wird, da sie einer ethisch-religiösen Grundlage entbehrt, in den türkischen Ausgaben von „Adil Düzen“ als „Batıl Düzen“ („Ordnung des Aberglaubens/ungültige Ordnung“) bezeichnet, wobei der Begriff „Batıl“ ausdrückt, dass diese Ordnung nichtig, das heißt ohne jede Existenzberechtigung ist. Für ihre Ablösung durch eine islamisch bestimmte „gerechte Ordnung“ sollen alle Muslime kämpfen. Die „Milli-Görüs“-Bewegung ist Teil dieses Kampfes. Erbakan verwendet dafür den mehrdeutigen Begriff *Jihad*, der hier sicherlich nicht im Sinne eines bewaffneten Kampfes zu verstehen ist. Problematisch ist dieser Begriff aber doch, da er mit militärischen Termini korrespondiert: So bezeichnet Erbakan die „Milli-Görüs“-Mitglieder als „Soldaten“ einer „Armee“ und den europäischen Teil der „Milli Görüs“ als „Armeekorps“. Auch daraus folgt, dass die IGMG als Teil der von Erbakan geführten „Milli-Görüs“-Bewegung zu sehen ist und auf derselben ideologischen Basis aufbaut. Wegen dieses ideologischen Erbes können Bekenntnisse der IGMG-Führung zur deutschen Verfassungsordnung nicht überzeugen, solange nicht der Bruch mit den ideologischen Prägungen

und dem autoritären Führungsanspruch Erbakans vollzogen wird und die IGMG sich nicht transparenter und demokratischer organisiert.

Die dargestellten ideologischen Prägungen sind keinesfalls nur Historie, sondern auch heute noch wirksam. So befasste sich der „IGMG-Menschenrechtsbeauftragte“ in einer in mehreren Folgen in der „Milli Gazete“ abgedruckten Studie mit der Situation der Muslime nach den Terrorakten vom 11. September 2001. Die Ausführungen sind aber nicht auf eine objektive Erfassung und Analyse der Vorgänge gerichtet, sondern pflegen eine auf angeblicher Islamfeindlichkeit des Westens beruhende Opferstilisierung der Muslime:

„Mit dem 11. September manifestierte sich das in der Gesellschaft tief verwurzelte und negative Islambild.“ (...)
“(Der) Rassismus in den Ländern der EU ist geradezu eingedrungen in die Denkweise, das Verhalten und Benehmen des europäischen Menschen.“

Eine kritische Auseinandersetzung mit gewaltbereiten oder terroristischen islamistischen Strömungen findet nicht statt. Diese werden als Teil der islamischen Vielfalt bezeichnet, sie seien nicht repräsentativ. Allein die Verbindung von intellektuellem und politischem Diskurs ebne der „islamischen Revitalisierungsbewegung“ Realisierungschancen für ihre Ziele. Dieser neue islamische Diskurs sei aber nicht bestrebt, den Islam mit der westlichen Moderne zu versöhnen. Er kritisiere diese in ethischer und kultureller Hinsicht und zeige „moderne“ Regierungsweisen auf, indem „die Demokratie (...) in Beziehung zum im Islam vorhandenen Beratungsgedanken gesetzt“ werde. Offensichtlich geht es der offiziellen IGMG-Ideologie um eine andere Verfassungsordnung als es diejenige ist, die sie vorfindet und in der sie sich betätigt.

Ihre instabile Verfassung dürfte die IGMG zum Verzicht auf eine zentrale Großveranstaltung im gewohnten Rahmen bewogen haben. Stattdessen fand im Juni in Köln eine Zusammenkunft mit geladenen Gästen statt. An der Veranstaltung nahmen zwei führende Erbakan-Vertraute aus der Türkei teil. In Redebeiträgen wurde Kritik an den IGMG-Mitgliedern wegen unzureichender finanzieller Leistungen zugunsten der „Milli-Görüs“-Bewegung geäußert und Vertrauen zum *Hodscha* (Lehrer) Erbakan eingefordert. Einer der Erbakan-Gesandten übernahm die Ehrung verdienter IGMG-

Funktionäre, was erneut ein Indiz für die Zugehörigkeit der Organisation zur „Milli-Görüs“-Bewegung darstellt.

Unverändert setzt die IGMG ihre Bemühungen fort, ihr öffentliches Image aufzuhebeln. Diesem Ziel dient nicht nur eine entsprechende Selbstdarstellung im Internet und in anderen Medien, sondern auch der Versuch, Negativurteile über die IGMG auf dem Rechtsweg zu unterbinden. Gerichtliche Verfahren wurden nicht nur gegen öffentliche Stellen wie z. B. gegen Verfassungsschutzbehörden wegen Bewertungen in den Verfassungsschutzberichten und sonstigen Veröffentlichungen oder auch in Einbürgerungsverfahren eingeleitet, sondern auch im Bereich der Publizistik. Die Tendenz, für die IGMG ungünstige Bewertungen und Berichte mit einer kampagnenartigen Verfahrenshäufung zu unterbinden, hat in der Presse die Sorge ausgelöst, dass diesem Druck kein Verlag und Publizist standhalten und es der IGMG so gelingen könne, Kritiker mundtot zu machen.

Für die IGMG wirkt sich diese Strategie nicht immer zum Vorteil aus. So hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit Urteil vom 16. Juli festgestellt, dass die IGMG bzw. deren Mitgliedsvereine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen verfolgen, wobei sie durch ihre islamistische Ausrichtung darauf zielen, im Grundgesetz verfasste Menschenrechte in Bezug auf die Menschenwürde, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Religionsfreiheit außer Geltung zu setzen. Weiterhin hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof auch zu erkennen gegeben, dass er Äußerungen der Tageszeitung „Milli Gazete“ der IGMG gegenüber für zurechenbar hält. Nach hiesiger Einschätzung ist die „Milli Gazete“ das Sprachrohr der IGMG, das – formal unabhängig von der Organisation – islamistische Inhalte auf der Linie der „Milli-Görüs“-Bewegung transportiert. Demgegenüber soll das Publikationsorgan der IGMG, die mit einem türkisch- und einem deutschsprachigen Teil erscheinende Monatsschrift „Milli Görüs & Perspektive“, der Imageverbesserung dienen und wird von extremistischen Positionen deshalb weitgehend freigehalten. Bemerkenswert ist, dass die „Milli Görüs & Perspektive“ Meldungen aus dem Verbands- und Vereinsleben kaum abdruckt und dies fast ausschließlich der „Milli Gazete“ überlässt. Entsprechend weit ist die Zeitung in der „Milli-Görüs“-Anhängerschaft verbreitet. Die Berichterstattung der Zeitung über die „Milli-Görüs“-Bewegung ist werbend positiv gefärbt, und auch der Führerkult um Erbakan

wird so ausgiebig gepflegt, dass die Zuschreibung einer „Sprachrohr“-Funktion, die auch auf andere Anhaltspunkte gestützt werden kann, gerechtfertigt ist.

Insofern beleuchtet die „Milli Gazete“ abseits der publizistischen Imagepflege der IGMG mit einer Berichterstattung, die ausschließlich in türkischer Sprache stärker auf die türkischstämmige und Türkei-orientierte Anhängerschaft der Organisation zugeschnitten ist, das tatsächliche islamistische Potenzial. Die Zeitung vermittelt ihren Lesern ein ideologisch verzerrtes Weltbild, das von Schwarz-Weiß-Malerei und einem charakteristischen Freund-Feind-Denken bestimmt ist. Dabei spielen globale Verschwörungstheorien eine wesentliche Rolle, die durch antisemitische und antiwestliche Zuspitzungen gekennzeichnet sind. Daraus wird eine Bedrohungssituation für den Islam konstruiert; die Muslime werden als Opfer stilisiert. Soweit es um das Alltagsleben der Muslime insbesondere in der deutschen Gesellschaft geht, ist die Berichterstattung von misstrauischer, häufig verächtlicher Abgrenzung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft bestimmt.

Beispiele bietet die „Milli Gazete“ gehäuft. Besonders antisemitische Klischees sind durchgängig zu finden, meist verbal getarnt als Anti-Zionismus, wobei die Ausgabe vom 3. Februar aber klarstellt:

„Der Jude (...) steckt hinter unzähligen Organisationen, die ihm unter allen Bedingungen und überall Vorteile verschaffen. Bei den Vereinten Nationen handelt es sich auch um eine solche jüdische Organisation.“

Die Anschläge vom 11. September 2001 sind weiterhin Ausgangspunkt eines antisemitisch unterlegten Weltverschwörungswahns (Ausgabe vom 20. Januar):

„Die von den Zionisten geplante Neue Weltordnung macht zunehmend von sich reden. (...) Der Angriff auf die Zwillingstürme in New York wurde geplant, um einen Streit zwischen Christen und Muslimen zu schüren. (...) Die Zionisten haben die Gelegenheit ergriffen, ihre eigene geheime Weltordnung zu verwirklichen. (...) Sie wollen einen geheimen Weltstaat errichten.“

In dasselbe Licht werden auch die Anschläge in Istanbul (Türkei) im November getaucht (Ausgabe vom 20. November):

„Denn ‚Islamistischer Terror‘ ist ein (...) Gemeinschaftsprodukt Amerikas und Israels. (...) Jedes Mal wenn man etwas an der Oberfläche der Terroranschläge kratzt, grinst uns die Aufschrift ‚Made in Pentagon‘ oder ‚Made in Mossad‘ an.“

Die antisemitischen und antiwestlichen Auslassungen werden häufig mit verbaler Aggressivität unterfüttert. So hieß es zum Irak-Krieg in der Ausgabe vom 18. März, der Krieg sei ein Religionskrieg der Christen gegen die Muslime, und drohend an anderer Stelle an die Adresse der USA, herabsetzend als „Jonny“ bezeichnet, und der Juden:

„Jonny, wir warnen dich und deine Freunde zum letzten Mal: Wenn nur einem Muslim die Nase blutet, werden wir dich dafür zur Rechenschaft ziehen.“

Ein Beitrag in der Internet-Ausgabe der „Milli Gazete“ (27. Januar) betreibt sogar offene *Jihad*-Propaganda, wobei der Begriff nicht in dem einschränkenden Sinn – wie Muslime vielfach geltend machen – der allgemeinen Anstrengung auf dem Weg Gottes („Großer *Jihad*“) gebraucht wird, sondern ausschließlich als bewaffneter Kampf („Kleiner *Jihad*“) gemeint ist. Dort heißt es unter der Überschrift „Die Stadien des *Jihad*“, in unserer Zeit habe der „allmächtige Gott“ den ewigen *Jihad* gegen die Religionsfeinde befohlen, unabhängig davon, ob man von diesen angegriffen werde oder nicht. Jeder habe die Pflicht – ohne Rücksicht auf seine persönliche Situation – sich dem *Jihad* anzuschließen. Auch die Print-Ausgabe (23./24. August) fordert explizit:

„Führt den großen und kleinen *Jihad*.“

Die Bereitschaft zum bewaffneten *Jihad* will auch ein Artikel in der Ausgabe vom 22. Juli fördern:

„Männlichkeit bedeutet, sich selbst zu besiegen. Jemand der sich selbst besiegt hat, hat auch die Fähigkeit, falls es nötig sein sollte, heilige Tapferkeit zu zeigen. (...) Einer der sowohl beim Gebet als auch bei der Arbeit faul ist und anderen zur Last fällt, wird nicht das Schwert des *Jihad* anschnallen. Ein Mann, der nicht das Bedürfnis hat, die Faust gegen den Nicht-Muslim zu erheben und ihn aufs Auge zu treffen, kann weder im religiösen noch im eigentlichen Sinne als ein Mann bezeichnet werden.“

Nahezu zwanghaft wird die *Jihad*-Thematik in Beiträge einbezogen, die eigentlich dazu keinen inhaltlichen Bezug haben. Ein Beispiel bietet ein Beitrag in der Internet-Ausgabe (3. Februar), die sich ablehnend mit dem christlichen „Gerede“ über Toleranz befasst. Diesem schlossen sich manche gutgläubigen Muslime an, ohne sich darüber im Klaren zu sein, was unter Toleranz im islamischen Kontext zu verstehen sei. Einziger Maßstab für Toleranz seien die Gebote und Prinzipien des Islam. So habe Gott beispielsweise den *Jihad* befohlen, und jeder, der die Existenz des *Jihad* in der Religion leugne, qualifiziere sich damit als „Ungläubiger“. Der Toleranz der „Völker des Unglaubens“ (Christen und Juden) dürfe man kein Vertrauen schenken, da diese damit nur von ihrer Barbarei und ihren Untaten ablenken wollten. Die Kolumne konkretisiert Ausführungen in einem vorhergehenden Internet-Beitrag (28. Januar), in dem aus extrem dogmatischer Sicht Reformen im Islam als „größte Gefahr und größte Bedrohung“ für die Religion und die Muslime verworfen werden. Dazu heißt es weiter, derartige Reformervägungen „gefallen den Freimaurern, den ausländischen Kräften, den Vorreitern des interreligiösen Dialogs und der Toleranzströmung“.

Durchgängig betont die „Milli Gazete“ das Trennende, bestreitet jeglichen guten Willen der Gegenseite und lädt Konflikte so auf, dass eine aggressive Selbstbehauptung als einzige Konsequenz vermittelt werden kann. Auch in privaten Beziehungen und sogar im engsten Familienbereich hat eine derartige Beeinflussung Konsequenzen, die die „Milli Gazete“ auch selbst einfordert. Auf dieser Linie warnt die Zeitung vor Freundschaften mit Juden und Christen (um trotzdem seine Interessen gegenüber diesen vertreten zu können, gebe es die Möglichkeit der *Taqiya*, der religiös gerechtfertigten Täuschung; Internet-Ausgabe vom 9. Dezember 2002).

Inwieweit derartige Positionen in der IGMG-Anhängerschaft Resonanz finden oder ignoriert werden, ist nicht zu erkennen. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihnen ist aber ebenso wenig erkennbar.

In Schleswig-Holstein, das unverändert nicht zu den Organisationsschwerpunkten der IGMG zählt, ist insbesondere die „Milli Gazete“ ein Vehikel der islamistischen Beeinflussung. In IGMG-nahen Vereinen, die nur eine geringe Außenwirkung entfalten, haben sich etwa 500 türkischstämmige Muslime in Kiel, Neumünster, Lübeck, Rendsburg und im Hamburger Umland organisiert.

3 „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK)/ „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

3.1 Entwicklung der Organisation

Im Spektrum der ehemaligen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) fanden auch im Jahr 2003 organisatorische Veränderungen statt:

Am 26. Oktober beschloss der KADEK seine Auflösung. Die Organisation war erst im April 2002 mit dem Ziel gegründet worden, sich von der terroristischen Vergangenheit der PKK zu lösen und insbesondere von der Türkei als Ansprechpartner in der Kurdenfrage akzeptiert zu werden. Die PKK hatte seit ihrer Gründung im Jahr 1978 unter der Führung von Abdullah Öcalan zunächst einen kurdischen Nationalstaat sozialistischer Prägung, später wenigstens die Gewährung von Minderheitenrechten für die kurdische Bevölkerung angestrebt und ihre Ziele ab 1984 auch mit Guerilla-Aktionen gegen die Türkei durchzusetzen versucht. In Deutschland war die PKK wegen gewalttätiger Ausschreitungen ihrer Anhänger 1993 vom Bundesinnenminister mit einem Betätigungsverbot belegt worden. Die Umwandlung der PKK in den KADEK stellte eine bloße Umbenennung dar, die an der extremistischen Ausrichtung der Organisation nichts änderte.

Die KADEK-nahe Tageszeitung „Özgür Politika“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 16. November über die Gründung des KONGRA-GEL. In der Gründungserklärung hieß es, es sei Ziel der Organisation, den bewaffneten Kampf einzustellen und einen politischen Kampf zu führen; dafür müsse die Türkei allerdings ihrerseits politische Schritte unternehmen. Zentrales Anliegen des KONGRA-GEL ist auch die Freiheit des seit seiner spektakulären Verbringung in die Türkei im Jahr 1999 dort inhaftierten KADEK-Führers Öcalan, der vom „Volkskongress“ zur „Führungspersonlichkeit des kurdischen Volkes“ ernannt wurde. Die „Volksverteidigungskräfte“, die bisher vom KADEK im Nord-Irak unterhaltenen Guerilla-Einheiten, sollen künftig autonom sein, aber unter dem politischen Willen des KONGRA-GEL stehen.

Der KONGRA-GEL weist personell wie inhaltlich deutliche Bezüge zum KADEK auf. In der Führung des KONGRA-GEL sind hochrangige KADEK-Funktionäre vertreten.

Abdullah Öcalan wurde zwar nicht zum Führer der Organisation bestimmt, die Herausstellung seiner Bedeutung lässt aber einen entscheidenden Einfluss auch auf den KONGRA-GEL erwarten. Mit der Forderung an die Türkei, dem von kurdischer Seite ausgesprochenen Waffenstillstand beizutreten, wird ein zentrales Anliegen des KADEK fortgeführt. Die Haftbedingungen Öcalans stellen eine weitere Themenidentität dar. Schließlich dienen die Guerilla-Einheiten auch dem KONGRA-GEL als Mittel, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Es liegt der Schluss nahe, dass die „Ausgliederung“ taktisch bedingt ist, sich an den bisherigen Entscheidungsstrukturen hingegen nichts ändert.

Hintergrund der Gründung des KONGRA-GEL ist offenbar das erneute Bemühen, sich des Makels der terroristischen Vergangenheit zu entledigen und ein äußerlich unantastbares Gremium zu etablieren. Aus diesem Grund dürfte auch darauf verzichtet worden sein, die Bezeichnung der neuen Organisation gleichzeitig mit der Auflösung des KADEK bekannt zu geben. Auf die europäischen Strukturen der Organisation sowie deren Kaderstruktur hat die Umstrukturierung bisher keine Auswirkungen gehabt.

Bereits im August war die KADEK-Jugendorganisation „Union der Jugendlichen aus Kurdistan“ (YCK) in „Freie Jugendbewegung Kurdistans“ (TECAK) umbenannt worden. Anhänger der TECAK beteiligten sich im September und Oktober an gewalttätigen Aktionen, von denen auch Schleswig-Holstein betroffen war (siehe dazu unter Nr. IV 3.2).

3.2 Grundsätzliches Festhalten am Friedenskurs

Der KADEK hielt weiterhin an dem von seinem Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan 1999 ausgerufenen Friedenskurs fest. Allerdings sind auch im Berichtsjahr wieder Repräsentanten der Organisation mit Verlautbarungen in Erscheinung getreten, die trotz des nunmehr mehr als vier Jahre andauernden grundsätzlichen Gewaltverzichts eine Unumkehrbarkeit dieses Kurses als nicht sicher erscheinen lassen:

Im Februar kündigte der Generalpräsidialrat des KADEK in einer in der „Özgür Politika“ (Ausgabe vom 12. Februar) veröffentlichten Erklärung den einseitigen Friedenskurs auf und verkündete den Beginn des „Volksverteidigungskampfes“. Diese offene

Drohung stand im Zusammenhang mit der Haftsituation von Öcalan sowie der seinerzeit bevorstehenden Militärintervention der USA und ihrer Verbündeten im Irak, durch die die Organisation ihre dort aufhältlichen Guerilla-Einheiten bedroht sah. Zu Gewalthandlungen kam es letztlich nicht.

Anfang September erklärte der KADEK angesichts ausgebliebener Zugeständnisse der türkischen Regierung (erneut) das Ende des einseitigen Waffenstillstandes. Von der türkischen Regierung wurde die Umwandlung des einseitigen in einen zweiseitigen Waffenstillstand binnen einer Frist von drei Monaten gefordert. Für den Fall des fruchtlosen Verstreichens dieses Ultimatums wurde zum 1. Dezember der Beginn bewaffneter Auseinandersetzungen angekündigt. KADEK-Kämpfer seien bereits in die Türkei eingesickert und bereit, gezielte Anschläge in Kleingruppen zu begehen. Parallel zu den verbalen Drohungen kam es nach Meldungen der türkischen Presse in den kurdisch dominierten Regionen der Ost-Türkei zu mehreren Überfällen auf Polizeistationen.

Zur Begleitung und Bekräftigung der Forderungen des KADEK initiierte die „Konföderation kurdischer Vereine in Europa“ (KON-KURD) in der Zeit vom 20. September bis zum 27. November eine Kampagne unter dem Motto „Demokratische Lösung für den Frieden“. Gegenstand der Kampagne war auch der angeblich schlechte Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan. Zur Vorbereitung der in Europa lebenden Kurden auf die Kampagne wurden in den einzelnen KADEK-Gebieten, auch in Schleswig-Holstein, zahlreiche „Volksveranstaltungen“ durchgeführt. Dabei ließen Teile der Anhängerschaft eine Zustimmung zur Rückkehr zum bewaffneten Kampf in der Türkei erkennen.

Wie in den Vorjahren waren auch im Berichtsjahr einzelne Gewaltaktionen zu verzeichnen, die belegen, dass von KADEK-Anhängern unverändert ein erhebliches Gefahrenpotenzial ausgeht. So kam es am 30. Juni in Elmshorn zu Handgreiflichkeiten zwischen Besuchern eines kurdischen Treffpunktes und KADEK-Angehörigen aus Hamburg, die erfolglos versucht hatten, Busfahrkarten für die Teilnahme an einer KADEK-Großdemonstration zu verkaufen. Am folgenden Tag erschienen andere Personen, die nach einer verbalen Auseinandersetzung zwei Besucher unter Schusswaffenvorhalt aufforderten, mit ihnen zum „Kurdistan-Volkshaus e. V.“ in

Hamburg, der dortigen zentralen Anlaufstelle für KADEK-Anhänger, zu kommen. Daraufhin entwickelte sich erneut ein Handgemenge, in dem auch Schüsse fielen. Mehrere Personen wurden durch Glassplitter und Schläge verletzt. Einer der daraufhin fliehenden Angreifer konnte festgehalten werden. Bei der polizeilichen Durchsuchung seiner Wohnung in Hamburg wurde KADEK-Material sichergestellt. Ein bekannter KADEK-Dissident hat in einem ausführlichen Internet-Beitrag den Angriff als einen von der Hamburger KADEK-Gebietsleitung angeordneten Racheakt bezeichnet, der das von der KADEK-Führung initiierte verschärfte Vorgehen gegen Dissidenten widerspiegeln.

Besonders angespannt scheint die Lage (weiterhin) unter den kurdischen Jugendlichen zu sein. Am 26. September setzten Anhänger der in TECAK umbenannten Jugendorganisation des KADEK in Berlin, Bremen und Hamburg Benzinkanister und Autoreifen in Brand bzw. warfen Molotowcocktails auf die Fahrbahn. Die Täter zeigten dabei Symbole der PKK bzw. des KADEK sowie Portraits von Abdullah Öcalan und hinterließen an zwei Tatorten Flugblätter, in denen auf die Haftbedingungen Öcalans und auf die Kurdenproblematik hingewiesen wurde.

Parallel dazu erschien in der KADEK-nahen „Özgür Politika“ (Ausgabe vom 26. September) ein Artikel mit der Überschrift „TECAK: Die Jugend wird die Kampagne leiten“, in dem gewarnt wurde, dass die Friedensphase durch die kontraproduktive Haltung des türkischen Staates in Gefahr sei.

Am 8. Oktober kam es in Lübeck zu einer gewalttätig verlaufenen Spontan-Demonstration, bei der Polizeimeldungen zufolge aus dem Kreis der Teilnehmer Molotowcocktails in Richtung auf Fahrzeuge geworfen wurden.

Diese militanten Aktionen bedeuten noch keine Abkehr vom anhaltenden Friedenskurs, sondern stellen begrenzte Regelverstöße dar, die es auch in früheren Jahren gerade von jugendlichen KADEK-Anhängern gegeben hat. Zuletzt hatten sich Anhänger der TECAK-Vorgängerorganisation YCK im August 2001 mit einem Flugblatt als „Falken Apos, YCK“ („Apo“, zu Deutsch „Onkel“; so wird Abdullah Öcalan von seinen Anhängern genannt) zu ähnlichen Ereignissen in Bremen, Hamburg und Celle bekannt. Auch Kiel war seinerzeit von einer solchen Aktion betroffen.

Allerdings darf nicht verkannt werden, dass das Aggressionspotenzial insbesondere unter jugendlichen Anhängern dem KADEK ebenso wie vormals der PKK stets zugeeignet hat, sein Bedrohungsszenario glaubhaft aufrecht zu erhalten und somit seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dabei scheint gerade die immer wiederkehrende Betonung des angeblich schlechten Gesundheitszustandes „Apos“, der besonders unter den Jugendlichen „Kultstatus“ besitzt, auf eine Emotionalisierung der Anhänger abzielen.

Insgesamt befand sich der KADEK in einer schwierigen Situation: Einerseits dürfte er erkannt haben, dass eine Rückkehr zur Gewalt unter Einschluss des Guerilla-Kampfes in der Türkei keine Erfolg versprechende Option darstellt. Andererseits setzt er sich durch seine wiederholten Drohungen unter Zugzwang; dass ein Entgegenkommen der Türkei bisher ausgeblieben und auch künftig nicht zu erwarten ist, verstärkt den Druck auch auf die Nachfolgeorganisation KONGRA-GEL.

3.3 Anhängerschaft

Der KADEK zeigte sich weiterhin als geschlossene Organisation. Oppositionelle Kräfte haben nicht an Bedeutung gewinnen können. Nach wie vor ist bei Teilen der Anhängerschaft ein nachlassendes Interesse an einer Mitarbeit in der Organisation zu beobachten. Gleichwohl sind die Anhängerzahlen mit bundesweit rund 11.500 und mit rund 750 bezogen auf Schleswig-Holstein gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Zu Großveranstaltungen mit kurdischem Hintergrund und einem folkloristischen Begleitprogramm konnte die Organisation weit größere Massen mobilisieren.

Viele Mitglieder sind in Mitgliedsvereinen organisiert, die häufig neben einer offiziellen Zugehörigkeit zum Dachverband der KADEK-orientierten Vereine YEK-KOM („Föderation kurdischer Vereinigungen in Deutschland e. V.“) aufgrund ihrer Einbindung in interne KADEK-Aktivitäten als inoffizielle Vereine der „Kurdischen Demokratischen Volksunion“, dem politischen Arm des KADEK, anzusehen sind.

Zentrale Anlaufstelle für KADEK-Anhänger in Schleswig-Holstein ist unverändert die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ in Kiel. Der Verein ist Gründungsmitglied der

YEK-KOM, die als Reaktion auf das 1993 erfolgte Verbot des seinerzeitigen Dachverbandes FEYKA-Kurdistan ins Leben gerufen wurde. Von der „Deutsch-Kurdischen Gesellschaft e. V.“ gehen nahezu alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik im Lande aus, wobei diese überwiegend Teil bundes-, wenn nicht gar europaweiter Kampagnen des KADEK sind. In der Tageszeitung „Özgür Politika“, einem Propagandainstrument des KADEK, wird über die Aktivitäten des „Kieler Vereins“ seit einigen Monaten regelmäßig berichtet.

Die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ ist bestrebt, in der Öffentlichkeit und gegenüber Behörden unter Verschleierung ihres Hintergrundes als Interessenwalterin der Kurden im Lande aufzutreten.

3.4 Aktivitäten

Allgemein ist zu konstatieren, dass die in den Vorjahren dominierenden Aktionsfelder, die ungeklärte Kurdenfrage sowie das Schicksal von Abdullah Öcalan auch im Jahr 2003 eine herausragende Bedeutung hatten. Infolge des Krieges im Irak rückte daneben auch die Sorge um die Situation der dort stationierten Guerilla-Einheiten stark ins Blickfeld.

Zum vierten Jahrestag der Festnahme Öcalans (15. Februar 1999 in Nairobi [Kenia]) kam es zu zahlreichen Demonstrationen. In Straßburg (Frankreich) nahmen unter dem Motto „Freiheit für Öcalan“ etwa 10.000 Personen, darunter auch Kurden aus Schleswig-Holstein, an einer friedlichen Großdemonstration teil, die den Höhepunkt dieser Kampagne des KADEK darstellte.

Der KADEK nutzte auch Demonstrationen gegen den Irak-Krieg, um auf seine Belange aufmerksam zu machen. Er beteiligte sich beispielsweise mit einem Block an einer am 15. Februar in Berlin durchgeführten allgemeinen Großdemonstration.

An der zentralen Veranstaltung zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz“ am 22. März in Frankfurt/Main nahmen rund 27.000 Personen teil. Aus Schleswig-Holstein reisten hierzu etwa 350 Teilnehmer an. Auch diese Veranstaltung, zu der die YEK-KOM auf-

gerufen hatte, verlief friedlich. In Kiel wurde das „Newroz“-Fest von rund 100 Personen mit einem Fackelzug der „Deutsch-Kurdischen Gesellschaft e. V.“ gefeiert.

Als Reaktion auf das von der türkischen Regierung verabschiedete „Reuegesetz“ führte der KADEK vom 31. Mai bis zum 15. Juli eine weitere Kampagne durch, die eine „Generalamnestie“ aller KADEK-Anhänger in der Türkei zum Ziel hatte. Das „Reuegesetz“ sieht vor, dass Angehörigen von verbotenen Organisationen unterhalb der Führungsebene für die Offenbarung von Insiderinformationen Strafmilderung oder Straffreiheit gewährt werden kann. Da das Gesetz keine Anwendung auf die KADEK-Führung findet, wird es als „Kriegserklärung“ aufgefasst. Im Rahmen der Amnestie-Kampagne fanden ab Anfang Juni zahlreiche friedliche Demonstrationen statt. An einer vom KADEK-beeinflussten „Kurdischen Nationalkongress“ in Brüssel (Belgien) organisierten Demonstration nahmen rund 3.000 Personen teil; an einer Kundgebung in Hannover mit rund 4.000 Teilnehmern beteiligten sich auch rund 120 Kurden aus Schleswig-Holstein.

Anfang August präsentierte der KADEK einen Drei-Stufen-Plan, der beginnend mit dem 1. September binnen eines Jahres die Voraussetzungen für eine demokratische Lösung der Kurdenproblematik schaffen sollte. Zeitgleich begann eine weitere von der KON-KURD initiierte „Kampagne für Frieden und eine demokratische Lösung und für den Gesundheitszustand Öcalans“, die öffentlichkeitswirksam unter anderem durch Info-Tische, Unterschriftensammlungen und Flugblattverteilungen unterstützt werden sollte. In Kiel fanden mehrere solcher Aktionen statt, unter anderem wurde eine Fahrrad-Demonstration zum Landeshaus veranstaltet, um eine Petition abzugeben.

Die türkische Regierung ist in der ihr gesetzten Frist bis zum 1. Dezember nicht auf die Forderung des KADEK nach einer Erklärung des beidseitigen Waffenstillstands eingegangen. Allerdings beschloss der KADEK noch vor Ablauf der ersten Etappe seine Auflösung. Der kurze Zeit später gegründete KONGRA-GEL hat erklärt, an dem Drei-Stufen-Plan grundsätzlich festhalten zu wollen; er hat die Frist für das Ziel der ersten Etappe, der Umwandlung in einen zweiseitigen Waffenstillstand, verlängert. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, wolle man gleichwohl am Friedenskurs

festhalten. Es bleibt abzuwarten, ob diese Aussage durch erneute „starke“ Verlautbarungen von Funktionären relativiert wird.

3.5 Finanzierung

Den Hauptteil seiner Einnahmen bestreitet der KADEK über die jährliche Spendenkampagne, wobei die Spenden in Einzelfällen auch mit „Nachdruck“ gesammelt werden, um den Spendenvorgaben der Organisationsführung gerecht zu werden. Weitere Einnahmen werden aus dem Verkauf von Publikationen, der Durchführung von Veranstaltungen sowie über die Vereine aus der Erhebung regelmäßiger Mitgliedsbeiträge erzielt. Mit dem Geld wird sowohl der Medienapparat finanziert als auch die Funktionärsarbeit in Europa unterstützt. Erheblichen Finanzbedarf verursachen nach wie vor die im Nord-Irak befindlichen Guerilla-Einheiten.

3.6 Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen

Die Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen deutscher Gerichte und Behörden gegen Funktionäre und Aktivisten der PKK setzten sich fort. Zum Teil wurden mehrjährige Freiheitsstrafen, unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung, schweren Landfriedensbruchs oder Freiheitsberaubung verhängt. Unter den Verurteilten ist auch ein Funktionär, der in der Bundesrepublik mehrfach als Leiter von PKK- bzw. KADEK-Gebieten eingesetzt war, unter anderem auch als Leiter des Gebietes Kiel.

**4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerzahlen der extremistischen
Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und
Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2001 bis 2003**

	2001	2002	2003
Türkische Organisationen			
• linksextremistische Gruppen	70	60	55
• islamistische Gruppen	510	500	500
• extrem-nationalistische Gruppen	470	470	470
Kurdische Organisationen	800	750	750
Iranische Organisationen	30	30	30
Arabische Organisationen	70	65	65
Gesamt Land	1.950	1.875	1.870
Gesamt Bund	59.100	57.350	57.300